

Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands, der Stukkateure und verwandten Berufsgenossen,

fowie der Central-Krankenkasse der Maurer, Sipsler (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Johann Stangl in Hamburg.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. — Der Abonnementspreis beträgt pro Quartal M. 1.— ohne Postgeb., bei Postsendung unter Kreuzband M. 1.40. Anzeigen die dreispaltige Zeitspalt ober deren Raum 15 S. — Postkatalog Nr. 2788.

Redaktion und Expedition: Hamburg, St. Georg, Neue Brennerstraße 19, zweite Etage.

Inhalt: Der alte, verleumderische Tendenz-Humbug. — Wirtschaftlich-soziale Rundschau. — Ordnungspolitische Geschichte. — Gewerkschaftliche Angelegenheiten: Aus der Schweiz. — Situationsberichte. — Eingefandt. — Gerichtl. Chronik. — Literarisches. — Briefkasten. — Feuilleton: Das Recht auf die Produktionsmittel im Alterthum.

Der alte, verleumderische Tendenz-Humbug,

die Arbeiter zu beschuldigen, daß sie durch „Leichtsinnigkeit“ und „Fribolität“ die größte Zahl der Betriebsunfälle selbst herbeiführen, wird in der Unternehmer-Presse munter fortgesetzt. Kürzlich entblödete die „Wost. Stg.“ sich nicht, zu behaupten, die Leichtfertigkeit der Arbeiter, sich über alle Vorsichtsmaßregeln hinwegzusetzen, sei so erstaunlich, daß das beliebte Wort „Arbeitererrisito“ fast frivol Klinge! In einem Unternehmer-Fachorgan, dem hier erscheinenden „Nordb. Baugewerks-Anzeiger“, finden wir folgende Auslassungen:

Es ist eine bekannte und allförmig nachgewiesene Thatsache, daß während die Unfälle aus mangelhaften Betriebs-einrichtungen infolge der berufsgenossenschaftlichen Betriebsüberwachung sich wesentlich vermindert haben, die Unfälle infolge der Fahrlässigkeit oder muthwilligen Verhaltens der Arbeiter in der Vermehrung begriffen sind. Die Erklärung hierfür ist nicht weit zu suchen, der Arbeitgeber fürchtet die meist recht nachdrückliche Bestrafung von seiner Genossenschaft, wenn er bei mangelhaften Betriebsvorrichtungen betroffen wird, der Arbeiter kommt aber dagegen bei fahrlässiger Herbeiführung eines Unfalles nicht allein ohne alle Bestrafung davon, sondern erhält noch dazu eine sichere Entschädigung, die bei schlechten Zeiten manches Verlockende an sich haben dürfte; und wenn man auch letzteres nicht für denkbar halten sollte, so ist es selber doch schon dagewesen. Das Gesetz bestimmt zwar, daß auch der Arbeiter, wenn er die berufsgenossenschaftlichen Unfallverhütungsbestimmungen nicht befolgt, bestraft werden kann, und zwar bis zur Höhe von M. 6 für jeden Fall, indes wird von dieser Strafe in den seltensten Fällen Gebrauch gemacht. Die Festsetzung der Strafe liegt für Arbeiter, welche einer Betriebskassentasse angehören, dem Vorstande der Betriebskassentasse ob, in welcher wohl meist noch der Unternehmer das Uebergewicht hat. Dem Unternehmer ist aber selten viel daran gelegen, einen Arbeiter durch Bestrafung aus diesem Anlaß widerwillig zur Arbeit zu machen, er wird in der Regel vorziehen, einen fahrlässigen Arbeiter aus diesem Grunde entweder nicht zu bestrafen oder in schweren Fällen ihn ohne Weiteres zu entlassen. Bei den übrigen Arbeitern steht die Festsetzung der Bestrafung dem Ortspolizeibehörden zu, welche ja an und für sich wenig Interesse daran haben, wenn nicht in ganz eklamantischen Fällen, gegen fahrlässige Arbeiter einzuschreiten.

Größere Betriebsicherheit und Vorsicht läßt sich unter den Arbeitern indes nur erreichen, wenn Strafen wegen fahrlässiger Herbeiführung von Unfällen sofort und ohne Ausnahme, auch bei den geringsten Verletzungen, verhängt werden. Damit dieses geschehen kann, erscheint es notwendig, daß die Strafbesugnis lediglich in die Hand der Ortspolizeibehörden gelegt wird und der betreffenden Berufsgenossenschaft oder Sektion der Antrag auf Bestrafung des Arbeiters, welcher den Vorschriften zuwiderhandelt, zuzuführt.

Die Angelegenheit ist jedenfalls wichtig genug, um die Berufsgenossenschaft näher zu beschäftigen, und es wäre die wichtigste Aufgabe des Verbandes der Berufsgenossenschaften, in öffentlicher Verhandlung festzustellen, auf welchem Wege die Verhütung der Unfälle von Seiten der Arbeiter am besten gefördert werden könnte. Denn es giebt selbstverständlich auch noch andere Wege, welche zu diesem Ziele führen würden, wie z. B. die Prämierung von Arbeitern und Beschäftigten, welche sich um die Betriebsicherheit verdient machen usw. Prämien dieser Art werden ja auch von den Berufsgenossenschaften häufiger bewilligt, indessen wird dadurch naturgemäß weniger der einzelne Arbeiter betroffen, dessen Interesse an der Unfallverhütung durch eine unmittelbar drohende Strafe vielleicht eher nochgehalten werden würde.

Unsere Leser wissen, daß wir schon häufig Anlaß gehabt haben, derartigen verleumderischen Tendenz-Humbug scharf zu kritisieren. Aber es ist im Interesse der Arbeiterschaft unsere Pflicht, ihm immer wieder auf's Neue entgegenzutreten, so oft er sich äußert. So

erklären wir denn auch heute: es ist eine wohlberechnete Lüge, daß die Unfälle infolge „fahrlässigen oder muthwilligen Verhaltens der Arbeiter“ in der Vermehrung begriffen sind. Thatsache ist, daß für weitaus die meisten Unfälle das Unternehmertum bzw. die lediglich auf möglichst profitable Ausbeutung der Arbeitskraft gerichtete kapitalistische Produktionsweise alle Verantwortung trägt. Wir bestreiten, daß die berufsgenossenschaftliche Betriebsüberwachung in nennenswerther Weise zur Vermehrung der Unfälle beizutragen vermag. Bekanntlich hat das Unternehmertum erst durch Gesetz und rechtsgültige berufsgenossenschaftliche Verfügungen unter Androhung von Strafen gezwungen werden müssen, Unfallverhütungs-Vorrichtungen zu treffen. Aber durchweg sind dieselben noch sehr mangelhaft und ungenügend, und in der Regel suchen die Unternehmer die Ausgaben für solche Vorrichtungen nach Möglichkeit zu sparen. An Weisen dafür fehlt es wahrlich nicht.

Dahingegen haben von jeher die Arbeiter, in erster Linie die gewerkschaftlich organisierten, und unter diesen wieder gerade die Bauhandwerker, selbstständig die Initiative ergriffen, um die Unternehmer zu veranlassen, bzw. zu zwingen, ihnen die nötigen Schutzvorrichtungen zu gewähren. In zahlreichen Fällen haben die Unternehmer sich dagegen nach Kräften gestraubt und es selbst auf einen Streit ankommen lassen. Hier in Hamburg z. B., wie in vielen anderen Städten, hat die organisierte Bauarbeiter-schaft, lange bevor es eine berufsgenossenschaftliche Betriebsüberwachung gab, die Unfallverhütungseinrichtungen dem Unternehmertum abgerungen. Und in Frankfurt a. M. haben erst noch ganz kürzlich unsere organisierten Kollegen nach mehrjährigem Kampfe gegen die Unternehmer-Fribolität den Erlaß einer behördlichen Bau-polizeiverordnung zum Schutze der Arbeiter durchgesetzt, weil sich die vielgerühmte berufsgenossenschaftliche, von den Unternehmern entworfene und überwachte Unfallverhütung als völlig unzulänglich erwiesen hat, wie die Behörde schließlich selbst anerkennen mußte. In Berlin, Hannover, Braunschweig, Leipzig, Bremen und Duxenden anderer Städte stehen die Arbeiter der Baugewerke seit Jahren im Kampfe für ausreichende Einrichtungen zum Schutze ihres Lebens und ihrer Gesundheit; immer wieder auf's Neue werden sie bei den Behörden dieserhalb vorstellig.

Das sind Thatsachen, die auch dem Unternehmertum und seiner Presse sehr wohl bekannt sind. Nichts-bestehtweniger ist diese Presse so bodenlos infam, selbsterhalten an der niederträchtigen Lüge: die Vermehrung der Unfälle komme auf Rechnung der Fahrlässigkeit und Fribolität der Arbeiter! Und um die Infamie auf den Gipfel zu treiben, wird noch oben-drein mit einer Frechheit sondergleichen behauptet: die „sichere Entschädigung“ für den Unfall habe bei schlechten Zeiten „manches Verlockende“ an sich, d. h. der Arbeiter sei geneigt, sich vorsätzlich einen Unfall zuzuziehen, um die „Entschädigung“ zu erheben!!! Das ist eine geradezu kanaklische Denkungsart, die in den Augen ehrlicher und vernünftiger Menschen sich selber richtet.

Wer vorurtheilsfrei und in der redlichen Absicht, hinter die Wahrheit zu kommen, die Ursachen der Unfälle erforschen will, der wird sie leicht finden. Gewiß, es kommt vor, daß Arbeiter durch eigenen Leichtsinns oder Fahrlässigkeit zu Schaden kommen. Aber diese Fälle bilden die Ausnahmen von der Regel. Die

Regel ist: Der Unternehmer will möglichst viel aus der Kraft seiner Arbeiter profitieren; der Arbeiter wird angetrieben, möglichst viel zu leisten, gleichviel, ob er in Lohn oder in Akkord steht; er ist gezwungen, bei seiner Arbeit die Vorsichtsmaßregeln mehr oder weniger oder ganz und gar außer Acht zu lassen, um den vom Arbeitgeber an ihn gestellten Anforderungen genügen zu können. Genügt er denselben nicht, so setzt er sich der Gefahr aus, arbeitslos zu werden, zumal wenn ein Massenangebot von Arbeitskraft vorhanden ist, so daß er leicht durch einen Anderen ersetzt werden kann. Die Benutzung von Vorsichtsmaßregeln, welche die Arbeitsleistung beeinträchtigen, wird vom Unternehmer nicht gerne gesehen. Arbeiter, welche gewissenhaft darauf achten, daß alle erforderlichen Sicherheitsmaßregeln stets getroffen werden, bzw. sich bei betreffenden Einrichtungen gewissenhaft bedienen und dadurch eine Verzügung der Arbeit herbeiführen, können sicher sein, alsbald entlassen zu werden. Das lehrt die tägliche Erfahrung. War doch kürzlich selbst das Organ der Innungsämner, die „Baugewerks-Zeitung“, genöthigt, zuzugeben, daß die Ueber-haftung der Bauarbeiter zum Anwachsen der Unfall-ziffer in ganz bedenklichem Maße beitrage. Man denke an die Haus- und Gerüststürze, welche in letzter Zeit sich ereignet haben.

Dazu kommt noch, daß Unternehmer sehr oft nicht sowohl darauf sehen, daß der Arbeiter wirklich tüchtig ist in seinem Fach und vertraut mit den Gefahren des Betriebes, als vielmehr darauf, daß er möglichst billig arbeitet und sich allen Ausbeutungs-praktiken geduldig unterwirft. Um die tüchtigen einheimischen Arbeiter, die auf ausreichendem Lohn und anständiger Behandlung bestehen, „zur Nation zu bringen“ und ihre gewerkschaftliche Organisation zu vernichten, hat das Unternehmertum des Baugewerkes minderwertige ausländische Arbeiter, ohne Rücksicht auf ihre Befähigung, nach vielen Tausenden importirt und damit die Unfälle vermehrt.

Da ist es denn allerdings recht bequeme, aber nicht minder unerhlich, als Ursache des Anwachsens der Unfallziffer die „Fahrlässigkeit“ und den „Muthwillen“ der Arbeiter geltend zu machen!

Was die Frage der Bestrafung von Arbeitern wegen fahrlässiger oder muthwilliger Herbeiführung eines Unfalles anbetrifft, so haben wir uns darüber erst kürzlich eingehend ausgesprochen. Will man zudem noch Prämien für Arbeiter, welche sich um die Betriebsicherheit verdient gemacht haben, so ist das nicht erst zu nehmen. Bisher hat das Unternehmertum solche Arbeiter durch brutale Maßregelung, Entlassung u. belohnt, wofür wir hunderte von Beweisen beibringen können.

Wirtschaftlich-soziale Rundschau.

• Staatliche Baugewerkskassen. Dem Vernehmen der „Frank. Stg.“ nach geht die preussische Regierung mit dem Plane um, eine Reihe von künftigen Baugewerkskassen, und zwar zunächst diejenigen zu Ehrenbreit, Deutsch-Krone, Burgluis, Selter und Döhlen, zu deren Unterhaltung die Stadtgemeinden jetzt feste Zuschüsse leisten, im nächsten Jahre in Staatsanstalten zu verwandeln, um Direktoren und Lehrer lebenslänglich mit Pensionsberechtigung anstellen zu können. Dabei sollen die zur Zeit den Gemeinden obliegenden Kosten nicht ermäßigt, aber durch Beiträge genau festgelegt werden, um künftigen Zweifel und Streitigkeiten vorzubeugen. Mit den städtischen Behörden in Ehrenbreit ist bereits in den letzten Tagen eine einschlägige Vereinbarung erzielt worden.

• Ein neuer Trick aus der Praxis der Berliner Bauschwindler wird dem „Berliner Kor.-Bureau“ in Folgendem geschildert: Darlehnssuchern, welche durch Annoncen größere oder kleinere Beträge zu erhalten wünschen, gehen in

der letzten Zeit häufig Anerbieten zu, daß sie gegen 6 Prozent Zinsen das gesamte Parken erhalten können, wenn sie sich dazu entschließen, eine Etage des dem Vorgesetzten gehörigen Hauses zu mieten. Ist der Darlehensgeber, über den die eingezogene Einkünfte nur einmündigen gültig lautet, bereit, diese Verbindung zu erfüllen, so muß er bei hochgeschätzter Miete einen meist fünfjährigen Kontrakt unterschreiben. Auf diese Weise wird so mancher, in der Regel auf dem Substitutionswege erworbene und kaum aufgebaute Haus in kurzer Zeit bebldert. Nun beginnt die Hauptaktion. Es werden jetzt alle Hebel in Bewegung gesetzt, um das Haus zu verkaufen. Den Respektanten werden die Mietkontrakte vorgelegt, welche auf die Personenaufgaben; es ergibt sich aus denselben ziffermäßig ein hübscher Ueberschuß und bald ist für die anscheinend günstige Kapitalanlage ein zahlungsfähiger Käufer gefunden, an den das Haus mit großem Nutzen verkauft wird. Der neue Eigentümer macht natürlich bald hohe Erfahrungen, und statt des erwarteten Ueberschusses muß er noch die Hypothekenzinsen zum größten Theile aus seiner Tasche bezahlen. Man sieht, daß der Bauhypewindel stets neue Formen findet, um sein gefährliches Gewerbe zu betreiben. (Es wäre gut, wenn das „Korr.-Bureau“, welches diese Mitteilung bringt, mit besten in vielen Einzelheiten vorzöge und die Namen veröffentlichte. Man könnte sonst seine Angaben für ein Hyantisches erklären.)

Die Ausnahmestimmungen für die Sonntagarbeit in der Industrie und Handwerk auf Grund des § 105 der Gewerbeordnung werden, wie offiziell geschrieben ist, bald nach der Wiederaufnahme der Sitzungen des Reichstages in demselben zur Beratung gelangen. Ebenso sind die Vorarbeiten der Ausschüsse auf Grund des § 105 sowohl getroffen, daß die eine Vorrichtungsgruppe das Inkrafttreten der anderen nicht verzögern wird.

Im Kapitel der Arbeitslosigkeit. Wie dem „Hamb. Correspondent“ mitgeteilt wird, können die in den Staats-Räuberbetrieben festgestellten und in Accord beschäftigten Arbeiter nur drei Tage in der Woche verbannt werden. Der beispielsweise heute arbeitet, muß morgen einem anderen Arbeiter Platz machen. Dieser Tage mußten an samstlichen Rats die 240 Arbeiter (inkl. Kraftfahrer) die Arbeit ruhen lassen. Die sogenannten „Hilfsarbeiter“ haben schon seit Wochen die Hoffnungen verloren, für's Erste wieder Arbeit und Brot in den Räuberbetrieben zu finden. Wer sich überhaupt ein Bild von der schlimmen Arbeitslosigkeit in Hamburg machen will, der möge, schreibt das genannte Blatt, an den Ersten und Zweiten Vorlesen, Baumwall, Steinböf, Schwanthorstrasse usw. in den Vormittagsstunden eine Wanderung unternehmen. — Die bei den Staats-Baggerbetrieben 1 und 3 beschäftigten Arbeiter, ca. 250 Sandbaggerer und etwa 100 Baggerführer, sind gleichfalls getnigt und sollen am Sonnabend aus der Arbeit entlassen werden. Weitere Entlassungen von ca. 150 Baggerern sind für die nächsten Tage in Aussicht genommen. Letztere Baggerarbeiter versichern, daß sie eine solche neue Geschäftskonjunktur, wie in diesem Sommer, noch nicht erlebt haben.

Frauenarbeit beim Bahnbau. Ein Leser schreibt dem „Vorwärts“: „Auf meine Gefährdungen komme ich auch in die Gegend hinter Bahnhöfen, wo die neue und neue Stettiner Bahn geendet wird. Ein Vorarbeiter, mit dem ich freundschaftlich bin, kommt dort acht Männer und — zwei Frauen; eine jede dieser Personen arbeitet mit höherem Hammer daran, die Schwellen unter den Schienen zu verstopfen. Ich frage die Gruppe an und frage mich verwundert, ob die Frauen im Staatsdienst thätig sind, weil es etwa in Berlin keine männlichen Arbeitskräfte mehr auszugeben gibt? Der Schichtmeister, der mein Staunen bemerkt haben mochte, ließ sich fortdal mit mir ein und gab den im Schwelze ihres Angehens thätigsten Frauen das rühmende Zeugnis: die arbeiten mehr als der Männer! Auf meine Frage, wo die Bedürfnisanstalt für die Frauen sei, antwortete der Vorarbeiter mit den Achseln und meinte: das Feld ist ja groß genug!“

Es wird im heiligen Preußen immer seltener in puncto Sozialreform.

Das „gleiche Recht für Alle in Deutschland“. In Dortmund stehen die Gewerbebetriebe wachend bevor. Unlänglich derselben haben die reaktionären Vereine, der Zentrum-

verein, der freimüthige, der liberale Bürgerverein und der evangelische Arbeiterverein beschloffen, zusammenzugehen und gemeinsame Kandidaten aufzustellen. Bekanntlich unterlag das Vereinsgesetz politischen Vereinen, mit einander in Verbindung zu treten. Würde in einer Versammlung von Sozialdemokraten ein solch ungeliebtes Vorgehen herabgelassen und beschloffen, die Versammlung würde sichtlich der Auflösung verfallen, die „Schuldigen“ würden verfolgt werden. So will es die „Verechtheit“!

Die Nürnberg-er Arbeiterschaft hat nun, nachdem die Verhandlungen mit dem Magistrat nicht zu dem gewünschten Resultat geführt haben, beschloffen, „aus eigenen Mitteln ein Arbeitersekretariat zu errichten. Die Vorarbeiten sind, der „Frank. Tagespost“ zufolge, schon soweit gediehen, daß die 3. gewählte Kommission demnächst einer öffentlichen Versammlung Bericht erstatten wird. Als Schwierigkeiten, so wohl was den Kostenpunkt als auch was die Personenfrage anlangt, sind überunden.

Städtische Arbeitsnachweise. Aus Würzburg wird berichtet:

„Einer Anregung des Staatsministeriums folgend, hat die Regierung den heiligen Stadtmagistrat aufgefordert, die Erziehung eines Arbeitsnachweises schaffig gemacht und dem Stadtrat eine diesbezügliche Vorlage unterbreitet.

„Auch in Oldenburg hat der Magistrat, in Verfolg eines Antrages aus Arbeiterkreisen, sich über die Erziehung eines städtischen Arbeitsnachweises schaffig gemacht und dem Stadtrat eine diesbezügliche Vorlage unterbreitet.

Verechtheitung einheimischer Arbeiter in der Schweiz. Auf ein Geheiß des Grailvereins hat die Züricher Baukommission für den hiesigen neuen Sekundärschulhausbau die Architekten angewiesen, soviel als thunlich Arbeiter schweizerischer Nationalität zu beschäftigen. Ein ähnliches Geheiß ist auch an die Baukommission für den Sekundärschulhausbau in Antikon. Gressenfe, sowie an diejenige für die Heilweise Kanalisation von Rindquater gerichtet worden.

Da die Arbeitslosigkeit für den Schweizer Arbeiter oft gleichbedeutend ist mit Heimathlosigkeit und Abgang zur Auswanderung, und da der Schweizer Arbeiter Willkürdient thun und Steuern zahlen muß, so ist das Vorgehen des Grailvereins wie das Entgegenkommen der Behörden verdienstvoll.

Eine Ausdehnung der Unfallversicherung ist in Deutschland durch das kürzlich publicirte Gesetz vom 20. Juli d. J. erfolgt, durch welches die Versicherungspflicht auf die gesammten Betriebe der Eisenbahnen, gleichviel welche motorische Kraft sie benutzen, auf alle sonstigen Unternehmungen, welche sich gewerbemäßig mit dem Transport von Personen oder Sachen zu Lande oder auf Wasser, und Binnengewässern befassen, auf Baggerer, auf Unternehmungen, welche gewerbemäßig Reinigung von Straßen und Gebäuden betreiben; auf gewerbemäßig betriebene Warenlager, einseitiglich der Lagerhäuser und Vork- und Rohlenlager im Großen, auf Theaterwehnen, auf die Gewerbetriebe der Kanalarbeiter, der Rauchfangkehrer, endlich auf die Betriebe der Steinmetze, Brunnenmacher und Eisenkonstruktoren, hinsichtlich aller Kategorien, welche in die Versicherungspflicht bisher nicht einbezogen waren, ausgedehnt wird. Gleichzeitig ist eine Revision der Gefahrenklasseneinteilung erfolgt, indem durch Verordnung des Ministeriums des Innern vom 20. Juli die zum ersten Male reduirte Einteilung der unfallversicherungs-pflichtigen Betriebe in Gefahrenklassen und die Feststellung der Prozentätze der Gefahrenklassen kundgemacht wird.

Ordnungspolitische Heimkehr.

In bürgerlichen Blättern lesen wir: „Daß Brennen, was brennen will!“ ermahnt das sozialdemokratische Blatt zu Wittweida die Genossen, nachdem der dortige Feuerwehverein, weil er zu sozialdemokratischen Maßregeln mitbraucht wurde, auf Grund des sachlichen Polizeigesetzes aufgelöst worden ist. „Geht nicht aus, um den Brand zu legen, noch um dabei zu stehen, denn die Bourgeoisie will von Euch nicht gelöst haben. Und das Reiner von Euch der neuer Feuerweh beiträgt, darin steht Eure Ehre!“ Der Berliner „Vorwärts“ erklärt, nicht im Stande zu sein, das Vorgehen der Wittweidaer Genossen zu billigen, aber — er begreift es: „Das ist dieselbe Moral, mit der er auch anarchischen Schandthaten unter höchstem Nachsehen zuseht.“

Wie liegt nun die Sache in Wirklichkeit? Die Wittweidaer, auch die „gutgesinnte“, Einwohner-schaft hat sich seit Jahren von sozialdemokratischen Feuerweh-männern bei Bränden lösen lassen. Die große Mehrzahl der Mitglieder (die sozialdemokratischen) waren nun der nach Ansicht des Bürgermeisters fauligen Anknüpfung, daß sie nur diesem gemeinnützigen Zwecke zu dienen haben, daß sie aber nicht verpflichtet seien, bei Festlichkeiten Polizeidienste zu leisten. Es erfolgte deshalb, wie bereits mitgeteilt, die Auflösung. Ueber die unter Verhältnisse des Bürgermeisters neugegründete Feuerweh schreibt man von dort:

Die neue Wittweidaer Feuerweh hat sich auch neue Satzungen gegeben. Ihr § 1 lautet: Mitglieder der freiwilligen Feuerweh kann nur der sein, der in Treue zu Kaiser und Reich, König und Vaterland an der bestehenden Gesellschaftsordnung festhält. Die Mitglieder schwören in Bonn, weil „trotz des Aufstufes“ unserer Genossen sich 46 Mitglieder der alten Feuerweh auch in die neue hätten aufnehmen lassen. Nun, damit wird gerade siffermäßig festgestellt, daß der Vorwurf, dem Verein nicht beigutreten, die Wirkung gehabt hat, die man vernünftigerweise von ihm erwartete konnte. Zwei Drittel der alten Feuerweh hatten sich der sozialdemokratischen Umtriebe und der „Unbotmäßigkeit“ schuldig gemacht, indem sie den Beschluß zu Stande brachten, auf dem Sitzungstische des Vereinerungsvereins (dem sogenannten „Anlage“) keine Polizeidienste zu thun. 47 hatten gegen den Beschluß gestimmt.

Es gehört die ganze ordnungspolitische Unverschämtheit und Verlogenheit dazu, die Befugung aufzuheben, der Feuerwehverein bei wegen sozialdemokratischer Umtriebe“ aufgelöst worden. Das ist nur ein Wort, die Ungeheuerlichkeit ist bemerkt. Wenn nun unsere Wittweidaer Genossen sich weigern, einem Verein beizutreten, dessen Statuten Sozialdemokraten geradezu ausschließen, so handeln sie nur in ethischer Konsequenz. Will der neue Verein nur Mitglieder, welche an der bestehenden Gesellschaftsordnung festhalten und durch Patriotismus sind, nun, so darf er auf Sozialdemokraten selbstverständlich nicht rechnen. Gerade dieser neue Verein ist es ja, der sich um die Arbeit für politische Zweck verdient und die Sozialdemokraten ausdrücklich in die Acht erklärt.

In dem Aufsatze des Stadtraths zur Neubildung der Feuerweh heißt es wörtlich: „Eider sind die tren an der bestehenden Ordnung festhaltenen Reize unserer Einwohner-schaft nur schwach in der (alten, aufgelösten) freiwilligen Feuerweh vertreten gewesen.“ Damit ist amtlich festgestellt, bei wem bis dahin das „Angt Brennen, was brennen will“ geollert hatte.

Die große Mehrheit Derer, welche die mühe- und gefahrvolle Vork- und Rettungsarbeit freiwillig übernommen hatten und ohne Rücksicht auf politische Anknüpfungen geblieben waren, waren Sozialdemokraten. Die Männer der „besseren“ Gesellschaft hielten es zum größeren Theil unter ihrer Würde, sich an dieser Arbeit zu beteiligen. Denn wozu hat man Proletariat! Und zum Dank dafür, daß die Wittweidaer Arbeiter bei Feuergefahr auch das Leben und das Eigentum der Bourgeoisie beschützt haben, maß-regelt man sie durch Auflösung ihres Vereins, weil sie sich nicht zu Polizeidiensten hergeben wollten! Ist da etwa die Wagnis unserer Wittweidaer Parteigenossen „Daß Brennen, was brennen will“ etwas Anderes, als ein Appell an das Ehrgefühl unserer Genossen? Diese müßten ja ganz

Das Recht auf die Produktionsmittel im Alterthum.

(Schluß.)

Den Fürsten und dem Adel that die Geilichkeit es gleich mit ihrem Grundbesitz, der durch reiche Schenkungen, welche fromme Einseit und politische Berechnung zu machen gebot, auch wohl durch abstoß schlechte Mittel, wie Gewalt und Betrug, Reich mehr und mehr sich ausdehnte. Sie gab denselben an ihr willfährige und schupfbefähige Personen zu Lehen; christliche Priester wucherten in Interesse ihrer Macht sowohl, als aus schändlichem Eigennutz mit Kaufenden von Leibeigenen, die zum Untersiede von den Leibeigenen auf den Lehnsbüchern des Fürsten als Homines ecclesiastici bezeichnet wurden.

Einer der hervorragendsten Forscher auf diesem historischen Gebiete Samuel E. Guenée, insonnheit, daß eine kaum glaubliche Menge der Landbesitzungen an die Kirche fiel, und daß dieselbe eine massenhafte Verwanderung ursprünglicher freier Männer, ihrer Angehörigen und Nachkommen in Leibeigene oder Fröge der Adlter und sonstigen geistlichen Genossen schafften vornehme.

Hauptsächlich aber trug zur Verankerung des freien Bauernstandes die von Karl dem Großen eingeführte grausame Feerbann-Pflichtigkeit bei. Der Leibeigene mußte die darin bestand, entweder selbst in den Krieg zu ziehen oder zu demselben beizusteuern, nicht genüge, mußte eine ungeheure, nur von den Wenigsten erschwingliche Geldstrafe erlegen; wer sie nicht zahlte, wurde gezwungen, auf Haus und Hof zu verzichten und mußte mit Weib und Kind durch harte Frohnarbeit auf den Domänen des Gewalthabers die Strafe „abverdienen“.

Dieser Despotismus demog die Masse der kleinen Grundeigentümer, für welche der alljährlich an sie ergehende Aufruf zum Feerbann nichts Anderes als ein Ruf zum Tode in fernem Landen war, zu verachten als das Erbtheil der Adlter; der freien Grundbesitz und die persönliche Freiheit.

*) Guenée in „Geschichte der Aufhebung der Leibeigenschaft und Fröge in Europa bis um die Mitte des 19. Jahrhunderts.“ Eine von der Kaiserl. Akademie der Wissenschaften im Jahre 1860 gekrönte Preischrift. St. Petersburg.

Das war, wie der Historiker Gibbon so treffend sagt, der von Despotismus erzungene „legale Selbstmord“ der freien Bauern.

So wurde das Gemeineigentum an Grund und Boden und der freie, harte, selbstbestimmte und harte Bauernstand vernichtet, Schwarzhende weltliche und geistliche Herren auf der einen — und arme Leibeigene und Fröge auf der anderen Seite — das war die Signatur der Gesellschaft unter der Herrschaft des Feudalismus. Der Bauer wurde geradezu in Verfall erklärt; nach den deutschen Lehnsrechten war er unfähig, Lehngüter zu besitzen; er sollte Sklave sein, so wollte es die feudale Verrechtigung.

Gegen dieses schandvolle System richteten sich in der Folgezeit jene lautstärklichen Professionen, welche unter dem Namen der Bauernkriege mit blutigem Griffel in die Blätter der Geschichte eingetragenen sind. Bekanntlich stand unter den Forderungen der Bauern oben: entzädigungslöse Raubgabe der Gemeindegüter und Freigabe der Wald-nutzung an die Gemeinde.

Beachtenswerth ist, daß die Kirchenväter der ersten christlichen Zeiten das Gemeineigentum an Grund und Boden, der „göttlichen Ordnung“ entsprechend, verteidigt haben. So St. Ambrosius, St. Chrysostomus, St. Clemens, St. Augustin. Und als Wörder der Armen bezeichnete Papst Gregor I. (gest. 604) die, welche sich zu Herren des Bodens gemacht. „Sie mögen wissen, daß die Erde allen Menschen gemeinsam ist und daß daher die Fläche, welche sie trägt, Allen ohne Unterschied gehöre. Es ist daher vergeblich, daß die die als ungeschuldig ausgehen, die sich ein Privatigentum aus der gemeinsamen Gottesgabe gemacht haben, denn sie nehmen den Armen den Unterhalt.“

Aus der Reihe der neueren Philosophen und National-ökonomien, die für Verrechtlichung des Grund und Bodens sich ausgesprochen haben, seien hier folgende angeführt:

Herbert Spencer: „Die Lehre (der Verrechtlichung des Grund und Bodens) ist mit dem höchsten Stande der Zivilisation vereinbar; sie kann ausgeführt werden, ohne Göttergemeinschaft zu erzeugen und braucht in den bestehenden Einrichtungen keine sehr bedeutliche Umwälzung zu verursachen. Die erforderliche Veränderung würde einfach ein

Wechsel der Grundherren sein. Der persönliche Besitz würde in dem Gemeinbesitz des Staates ausgehen.“

F. B. Say: „Die Erde ist eine große Vertheilte, in eine Menge Abtheilungen getheilt, welche zu verschiedener Alters-erzeugung geeignet sind. Die Natur hat den Menschen diese große Vertheilte gratis zum Geschenk gemacht. Aber gewisse Menschen haben sich derselben bemächtigt und haben gesagt: Wir diese Abtheilung, mit diese andere; was daraus hervor-gehen wird, ist mein ausschließliches Eigentum.“

Garnier: „Die kühnsten Männer thun nichts Anderes, als den Ertrag des persönlichen Grundbesitzens durch das Gemeineigentum vorschlagen.“ Ihr Standpunkt ist ganz richtig nach menschlichem Recht.

Robertus spricht die seltene Überzeugung aus, daß die Zeit der Auflösung des privaten Grundbesitzens kommen müsse, wenn die Gesellschaft stitliche Kraft genug zu freier Arbeit besitze.

Die in unserer Zeit wieder aktuell gewordene Frage der Verrechtlichung des Grund und Bodens ist eine jener großen Gesellschaftsfragen, welche mit der des Rechtes auf Arbeit engstens und untrennbar zusammenhängen.

Sehr wahr sagt John Stuart Mill: „Ich bin der Ansicht, daß Grund und Boden, Minen mitgerechnet, sowie das ganze auf der Erde befindliche Rohmaterial Allen gehört, weil die gegenwärtigen Besitzer es weder selbst angefertigt, noch zur Anfertigung beigetragen haben. Ein Mensch hat nur ein Recht auf Das, was er erarbeitet oder erpact hat. Der Grund und Boden besitzt, der vom Leben nützlich und nicht in genügender Menge für Alle da ist, der ist ein Monopolist; sein Monopol darf nicht nach Willkür des Inhabers, sondern muß im Interesse des Gemeinwohles ausgebeutet werden. Der Staat hat ganz dasselbe Recht, darüber zu verfügen, wie er über die Eisenbahnen verfügt.“

Man komme nicht mit dem Einwande, daß der Grundbesitz sich auf ein positives, historisch gewordenes Recht stützt. Das positive Recht, wie herrschende Sitte und Klaffen es ihrem Sonderinteresse entsprechend herausgebildet haben, hat niemals Anspruch auf ewige Dauer. Was in ihm der Natur der Dinge, dem Rechte der Vernunft, dem Menschenrecht widerspricht, hat keine Möglichkeit, dauernd erhalten zu werden. Ein

berühmte Erbsche, wollten sie einem Verein ihre Dienste anbieten, bei seinen Statuten ihnen die Berechtigung zur Mitgliedschaft geradz abspriech. Also mögen die Bourgeois und Bourgeoisböhnen nur getrost allein in den Feuerkreisel auszuweichen, wie sie es im Interesse der bestehenden Ordnung beanpruchen. Die Moral unserer dortigen Genossen ist nicht gelunden, gegen den ordnungswidrigen Anarchismus gerichtet, der den Arbeitern alle möglichen Pflichten aufzählend möchte, aber ihnen keine Rechte gönnt!

Gewerkschaftliche Angelegenheiten.

Der letzte große Baueinsturz in Berlin. Wie dortige Blätter berichten, ist Herr Rud. Schöner, dem Baumeister und Eigentümer des Hauses Kochstraße 73, dessen theilweise Einsturz wie i. B. gemeldet haben, amtlich mitgeteilt worden, daß das Strafverfahren gegen ihn eingestellt ist. Die Ursache des Einsturzes hat in einer äußerlich nicht erkennbaren mangelhaften Anlage des abzubauenden alten Gebäudes gelegen, für welche die jegliche Bauteilung nicht verantwortlich zu machen ist. Einige Stellen theilen mit, der Baumeister habe deshalb nicht für das Unglück verantwortlich gemacht werden können, weil er meistens einem Parlier die Verantwortung überlassen habe. Diese Mitteilung ist jedoch unzutreffend. Baumeister Schöner hat von vornherein die volle eventuelle Verantwortung für das Unglück übernommen und hat solche nach dem Gesetz übernehmen müssen. Inbezug liegt hier nach dem Gutachten der Ministerial-Kommission keinesfalls Fahrlässigkeit auf Seiten des Baumeisters oder eines seiner Stellvertreter vor. Das Material war nach allen Regeln der Kunst untersucht. Der Zusammenbruch fand dadurch statt, daß das alte Mauerwerk entgegen der damals existierenden Bauvorschriften und entgegen dem Regeln der Kunst hohe Stellen hatte, welche hohe Stellen aber durch geschickt durchgeführte, nicht wie beabsichtigt waren, daß sie trotz der Außenwelt hervorgekommener Proben absolut unentsetzt waren. Die Hersteller dieser Bauausführungen sind längst verstorben — das Haus steht seit etwa 50 Jahren — und daher selber nicht mehr belangbar. Daß derartige Bauausführungen heutzutage vorgenommen würden, hält der „Borwärts“ für ausgeschlossen, weil die Bauarbeiter selbst sofort sich gemeinverständlichen Treiben entgegengetreten würden. Da befindet der „Borwärts“ sich selber im Widerspruch. Die Bauausführung steht heute in Wästel, wie nie zuvor. In den allermeisten Fällen nehmen die am Bau beschäftigten Arbeiter dagegen keine Stellung, um ihr Brod nicht zu verlieren.

Welche Arbeiter auf Dachbauten. Bei dem Bau des neuen Schuler- und Landgerichtsgebäudes in Gera werden Frauen zur Arbeit verwendet. Sie werden, nach dem Verbot unseres bürgerlichen Parliaments, oft zu Arbeiten kommandiert, die eigentlich nur von körperlich starken Männern ausgeführt werden sollten. Es gibt männliche Arbeitkräfte in Gera und Halle, warum werden die nicht eingesetzt, damit die Familien Brot haben? Weil die Frauen billiger arbeiten, das ist die Ursache davon im Verdictsstaate, der zur Waise des Rechts und der Ordnung Justizpaläste bauen läßt von schwachen Frauen, die vom Fleisch an die Arbeit getrieben sind. Die arbeitenden Männer sind Steuerzahler, die Steuern werden oft ohne Rücksicht auf die Notlage der Familie eingetrieben, diese Leute haben nach der heiligen „Ordnung“ ein Recht darauf, Beschäftigung zu erhalten; hier würden sie jedoch abgewiesen.

Die Arbeitervereine, Steinbecker, Hannover, Granit-arbeiter und Schleifer der Provinz Brandenburg, Pommern und Preußen auf dem letzten Kongress der deutschen Steinbecker und Berufsvereine in Frankfurt a. M. ist für obgenannte Berufsarbeiter eine einzige Organisation beschlossen worden, welche den Namen führt: „Organisation aller in der Steinindustrie beschäftigten Arbeiter“. Die Organisation hat den Zweck, die Interessen der Kollegen wahrzunehmen, für Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage einzutreten und in Nothfällen eine Unterstützung zu gewähren. In genannten Provinzen gibt es eine ganze Anzahl Kollegen, welche dieser Organisation noch fernliegen. Die unterzeichnete Kommission wendet sich deshalb an alle Kollegen mit der Aufforderung, sich dieser Organisation anzuschließen, um gemeinsam

bessere Bedingungen zu erringen. Wir erwarten von den Kollegen, welche diese Zeilen lesen, daß sie diesem Rufe folgen, sich an untergenannten Kollegen wenden und Auskunft über die Organisation verlangen, sowie ihre Adressen einreichen, um mit ihnen in Verbindung treten zu können. Besonders mögen uns die Genossen, welche Fühlung haben mit den unseren Industrie-vereine beschäftigten Arbeitern, zur Seite stehen und Adressen von Steinbecker einreichen. Anfragen in Betreff Organisation und Agitation sind zu richten an Georg Henzer, Berlin, Tuchmarktstraße 68.

Die Agitations-Kommission der Provinzen Brandenburg, Pommern und Preußen.

Die Gewerkschaften in Spandau haben in einer Konferenz am 2. September beschlossen, eine gemeinsame Herzberge und Arbeitsnachweis zu errichten. Das Anerbieten des Geschäftsraths Stasinowski, Zandstr. 11, der für diese Zwecke sein Lokal zur Verfügung stellt, wurde von der Versammlung angenommen.

Ein sehr zeitgemäßer Antrag beschäftigte kürzlich die Mitglieder des Berg-Gewerkevereins im Bezirk Dortmund. Es handelt sich um die Strafgebühren, welche seitens der Grubenverwaltungen infolge der Arbeitsordnung und anderer Bestimmungen den Arbeitern abgefordert werden, ohne daß diese je etwas Bestimmtes über den Verbleib erfahren. Die Versammlung stellte folgende Forderungen auf: 1. Alle aus unferm Arbeitsverhältnis hervorgehenden Strafgebühren — auch die für unzureichende Kosten und nicht vollstättige Förderwagen — müssen in die Knappschaftskasse. 2. Die Grubenverwaltungen sind verpflichtet, vierteljährlich eine Zusammenstellung der hierdurch hervorgehenden Beträge, sowie der Art der Strafen, der Namen der Bestrafeten und die Höhe der genutzten Fördergebühren der Knappschaft, nachdem dieselben durch die Revierbeamten geprüft, durch Anschlag bekannt zu machen. 3. Aus obiger, der Knappschaftskasse zuzurechnende Bestreitung soll gemäßigt werden (freie ärztliche Behandlung und Zweidrittel der Arzneikosten für erkrankte Mitglieder und deren Angehörige. 4. Bei Erkrankungsfällen sollen die Berechtigten an die Konstitution bestimmter Ärzte nicht gebunden sein, sondern sollen jeden praktischen Arzt in Anspruch nehmen dürfen.

Um die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter zu fördern, legen sich in Dörichhausen auch die Pflasterer in's Zeug, wie nachstehende Mitteilung darthut: Kürzlich brachte in die Wohnung des Bergmanns Kawatz in Jagdre eine Frau das Mitgliedsbuch ihres Sohnes vom Bergarbeiterverband und bat, man möge ihren Sohn aus der Mitgliedsliste streichen, da sie nicht wollte aus der Range, so äußerte sich die Frau weiter, machten ihr dies zur Pflicht und auch bei der Dörichscheit sei ihr gesagt, daß, wer dem Verband der Bergarbeiter angehört oder mit solchen Leuten zu thun habe, aus der Range austreten solle.

Ein Kommentar zu dieser Nothiz ist überflüssig. Sie zeigt mit sprechender Deutlichkeit die päpstliche Romkatilheit. Die Herren mögen übrigens vorzüglich sein in eigenem Interesse. Ihr in demagogischer Absicht gegebener Rath, aus der Range auszutreten, womit sie die Leute schrecken wollen, könnte bald Anklang finden, wenn die Leute erst einsehen beginnen, daß ihnen eine menschenwürdige Existenz auf Erden näher liegt, als alle Seligkeiten des Himmels.

Der deutsche Werkmittelverband veranstaltet gegenwärtig auf privatem Wege eine Enquete über die Lage der Invaliden unter seinen Berufsgenossen, sowie über die Unfallgefahr in den einzelnen Betrieben. Da die Werkmittel zum größten Theil ein Einkommen von über 4.000 Mark besitzen und infolgedessen dem gesetzlichen Versicherungszwang nicht unterliegen, beschließt der Verband, der über namhafte Mittel, eine ausgebreitete Organisation und bereits eine erhebliche Mitgliederzahl (mehr als 2000) verfügt, eine Privatunfallversicherung aus eigenen Beträgen zu errichten. Um nun über den Stand der Angelegenheit ein klares Bild zu gewinnen, sind an alle dem Verbande angehörenden Werkmittel zweifach Formulare verandt worden, auf welchen die bezüglichen Fragen über die oben angegebenen Punkte beantwortet werden sollen. Von der pünktlichen Beantwortung dieser Fragebogen wird es dann abhängen,

ob mit der Begründung der Unfallversicherung noch in diesem Jahre begonnen werden wird.

Verband der schweizerischen Eisenbahnangestellten. In Luzern fand eine gemeinsame Delegirtenversammlung des Vereins schweizerischer Eisenbahnangestellter, des Jugenderbindervereins, des Lokomotivführervereins, des Heizereivereins und der Eisenbahnarbeitervereine Basel, Bern, Langnau, St. Gallen und Winterthur statt bezugs Bereinigung derselben zu einem Verbande. Vorhergegangen war eine Konferenz der Leiter dieser Einzelverbände in Bern, welche sich über die Gründung einer Union geeinigt hatte und in einem Statutenentwurf deren Zweck folgendermaßen feststellte: Die Arbeiterunion schweizerischer Eisenbahnangestellter hat zum Zweck die Vertretung der Interessen ihrer Mitglieder und subdit den Prinzipien der Freizügigkeit und Gegenseitigkeit. Zur Erreichung dieses Zweckes dienen insbesondere a. Erzielung möglichst günstiger Arbeitsbedingungen, b. strenge Ueberwachung und Handhabung der bestehenden Arbeiterschutzgesetze, c. Förderung möglichst günstiger Ausbildung der Mitglieder durch Haltung eines zentralen Verbandsoffiziers, d. Schaffung lokaler event. zentraler Nebenvereine- und Unterstützungsvereine, e. möglichst Fühlung und Anlehnung an die übrigen Organisationen der schweizerischen Eisenbahnangestellten (Post, Dampfschiffe etc.), sowie an die gesammte schweizerische Arbeiterorganisation, f. Förderung der internationalen Organisation.

Die Delegirtenversammlung in Luzern beschloß nur die Gründung der Union, welche dann ca. 20.000 Mitglieder umfassen wird und am 1. Januar 1895 in Wirksamkeit treten soll. Dem vorstehenden Programm wurde in der Hauptsache ebenfalls zugestimmt, nur die Internationalität wurde abgelehnt; deren Beschäftigung durch Anstufung an das internationale Eisenbahnarbeitersekretariat wird ebenfalls kommen, wenn nur erst die Union bestelligt sein wird.

Aus Frankreich. — Der Kongress der französischen Arbeiterpartei, dessen Programm wie bereits mitgeteilt, findet vom 14. bis inklusive 16. September statt, geht also dem allgemeinen Gewerkschaftskongress, dessen Eröffnung für den 17. September angelegt ist, unmittelbar voraus. Beide Kongresse, die beiderseitig in Nantes zusammenzutreten, werden, wie aus Paris berichtet wird, diesmal besonders zahlreich besetzt werden.

Der Streik der Grubenarbeiter von Graiffath ist, wie man aus Paris unterm 30. August meldet, auf Grund folgender Vereinbarung aufgehoben worden: 1. Von den 275 entlassenen Arbeitern sind 60 allgütlich wieder eingewilligt; 2. hat die Grubengesellschaft die Entlassung abgelehnt, daß sie die übrigen, je nach Bedarf, allmählig wieder aufnehmen werde. Die Genehmigung hatte der Präsident des Sozialdepartements übernommen, Hervorgehoben sei noch, daß der Generalrat dieses Departements, in welchem ebenfalls Graiffath sitzt, gleich nach erfolgter Annahme der Vereinbarung den Streikenden resp. Opfern der Grubengesellschaft 5000 Franks vorirt hat.

Geizhalsen, gleiche Kapfen. Ob in Deutschland, in Rußland oder in Frankreich, sie sind überall dieselben — die Unternehmern nämlich, Im Rio de Gior ist, wie bereits mitgeteilt, ein Casakerstreik ausgebrochen. Die Arbeiter hatten das zweifelhafte Glück, in den Säubern der Fabrikanten zu wohnen. Jetzt kommt die Nachricht von dort, daß 120 Arbeiter wegen Einstellung der Arbeit aus den der Fabrik gehörigen Wohnungen getrieben worden sind und daß das Gericht den Ausweisungsbefehl gestillt und die Arbeiter zum Schadenersatz verurtheilt hat. — Wieder ein Beweis, daß die Arbeiter sich vor den Wohlthaten der Unternehmern zu hüten haben.

Ueber den 27. Jahreskongress der englischen Gewerkschaften, der am 8. September eröffnet wurde, schreibt der Londoner „Economist“, ein Kapitalistenblatt, Folgendes:

In früheren Zeiten haben die Führer der Gewerkschaften eine ruhige Haltung, daß die Gewerkschaft nichts mit Politik zu thun hätten und vom Parteilichem sich fern halten. Die Vereine wollten bei ihren Besessenen sitzen und alle Fragen, die nicht ihre Gewerke betrafen, von der Hand weisen. Damit glauben sie dem Arbeiter mehr nützen zu können, als durch Einmischung in politische Streitigkeiten. Der Arbeiter sollte als Individuum eine Partei ergreifen, welche er wolle, die Gewerkschaft aber sollten sich nur mit Gewerkschaftsfragen befassen. Das war das alte Gewerkschaftsentum. Der Grundgedanke des neuen ist zu sein, seine Nase in jeden Spalt zu stecken (11) und seine Kraft und seinen Einfluß dadurch zu beweisen, daß er energisch Stellung zu allen Zeitfragen nimmt. Die neue Tendenz zeigt sich in den Beschluß, welche dem Kongress in Norwich nächster Tage vorgelegt werden sollen. Die Bitte liegt hier wie das Kräfteanstrengung eines ruhigen Besatzlufthubs, so viele und verschiedene Probleme sollen zur Erörterung kommen. Die alten Gewerkschaften hatten Recht, wenn sie die Einmischung des Parlaments verabscheuten. Sie meinten, sie könnten selber für ihre Interessen weit besser sorgen, als das Parlament. Uebernimmt das Parlament einmal die Arbeit der Gewerkschaften, so ist es mit der Gewalt der Vereine vorbei und damit geht das Beste verloren, was die englischen Arbeiter in den letzten 50 Jahren sich erworben haben.

Zweifellos der Unfall des Reichs nur mag das Kapitalistenblatt nicht den Unternehmern den guten Rath geben, auf Politik und Parlament zu verzichten? Wenn die englischen Gewerkschaften erkannt haben, daß sie politische Macht erstreben müssen, so sind sie auf dem richtigen Wege. Das weiß die Bourgeoisie sehr wohl, und sie fürchtet deshalb das neue Gewerkschaftsentum.

Eine neue Arbeiterorganisation in Amerika. Der jüngste Massenstreik in den Vereinigten Staaten von Amerika hat den Anstoß zu einem neuen Verdict gegeben, die arbeitenden Klassen, ohne Unterscheidung des Berufsstandes, in einer Organisation zusammenzufassen. Unter dem Namen „American Labor Union“ wurde eben in Chicago ein Verband gegründet, der an die Stelle der „Rights of Labor“, die ihre Rolle offenbar schon ausgespielt haben, und der anderen ähnlichen Vereinigungen zu treten bestimmt ist. Als leitendes Prinzip ihrer Aktionen stellt die neue Organisation die „Ermittlung der Solidarbeit“ hin: „Die Sache des Einzelnen ist die Sache Aller“ und für die Beschwerden eines Einzelnen soll stets die ganze Organisation eintreten. In einer vom neuen Verbande eben erlassenen „Erklärung“ wird ausgeführt, daß der Einzelkampf der beschiedenen Verbände weitaus in den meisten Fällen mit der Niederlage der Arbeiter endet, und darauf hingewiesen, daß der längste Kampf auch den Steptischsten überzeugt habe, daß man vereinte Aktion in Anwendung bringen müsse. Ferner wird nachdrücklich betont, daß die Arbeiter sich

Eigentum an Grund und Boden findet keine Stütze in der natürlichen Gerechtigkeit; also wird es früher oder später aufgegeben sein.

Uebrigens lehrt uns die Geschichte des positiven Rechts, daß vom Gesetzgeber ein absolutes Eigentum an Grund und Boden geschichtlich nicht anerkannt worden ist. So beruht, wie wir gesehen haben, die Lehnverfassung von Haus aus auf dem Gebanten einer Bereinigung des Grundbesitzes auf Abwehr oder allenfalls auf Lebenszeit. Die späteren gesetzlichen Regierungen des Erbrechts an Grund und Boden, insbesondere an bäuerlichen Besitz, beweisen, daß die Gesetzgeber ein volles und ausschließliches Herrschafts- und Verfügungsrecht über den Grund und Boden nicht anerkannt, selbst da nicht, wo im Uebrigen die Freizität der Verfügung gewahrt bleibt vor. Wäre das historisch gebundene „Eigentumsrecht“ an Grund und Boden für gleich streng und heilig erachtet worden, wie das an jeder anderen Sache, so würden beratige Eingriffe der Gesetzgebung nicht ruhig ertragen worden sein. Die Ablosungsgesetze in unserem Jahrhundert, welche den Bauern ein Eigentumsrecht zuerkannten, das ihnen nach dem positiven Recht nicht zukam, zeigen, wie schwanen und halbsche die Idee eines Grundbesitzes ist.

Wenn unsere modernen Staatsverfassungen (wie die preussische in ihrem Art. 9) erklären: Das Eigentum ist unverletzlich, so nehmen sie davon das Grundeigentum aus und erklären aus. Der Staat hat diesem gegenüber sich das Recht der Enteignung vorbehalten; er kann das Grundeigentum aus Gründen des öffentlichen Wohles gegen Entschädigung enteignen oder beschneiden.

Die Eigentumsrechte an Grund und Boden, wie sie geschichtlich sich entwickelt haben, widerstreiten den Interessen der menschlichen Gesellschaft; sie machen zu Gunsten Einzelner für Millionen das Recht auf die Produktionsmittel und den Arbeitsvertrag illusorisch; sie begründen eines der gemeinlichststen Monopole, welches seinen Anhauf in den Stand setzt, die Volksmassen sich tributpflichtig zu machen, sie für seinen Vortheil auszunutzen. Braut dem Bauer, dem kleinen Grundbesitzer, der mit eigener fleißiger Hand seinen Acker bewirtschaftet, kommt dieses Monopol nicht zu Gute, denn er genießt in der Regel nur die Früchte seiner auf den Boden verwendeten

Arbeit. Und daß das Ergebnis seiner Arbeit, in Geldwerth umgeseht, fast durchweg ein unzureichendes ist, diese Thatsache wird offenbar in der schlechten wirtschaftlichen Lage der bäuerlichen Bevölkerung, besonders auch in der Verschuldung des bäuerlichen Grundbesitzes. Das Monopol der Ausbeutung liegt beim großen Grundbesitzer, dessen Bewirtschaftung durch fremde Arbeit geschieht, welche mit den Unterhaltungskosten abgezinsten wird. — beim großen Grundbesitzer, der den Markt der landwirtschaftlichen Produkte beherrscht und dessen Prinzip der maßlose Rentenbezug ist.

Wollte man selbst zugeben, daß ein haltbarer Rechtsgrund des Eigentums an Boden in dem natürlichen Rechte des Besitzes an dem durch Arbeit Hervorgebrachten gefunden werden könne, so muß man doch fragen: ob alle jene Vorkundendienstleistungen, die Quadranten Landes, ihr Eigen nennen, und denen es niemals einfallt, den Acker selbst zu bebauen, diesen Rechtsgrund für sich geltend machen können? Sie können es nicht! Es ist die gewaltige und revolutionäre Macht, die das neue Programm der sozialdemokratischen Partei Deutschlands ausdrückt in den Sätzen:

„Das Privateigentum an Arbeitsmitteln, welches ehemals das Mittel war, dem Produzenten das Eigentum an seinem Produkt zu sichern, ist heute zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinhandwerker auszuprobieren und die Arbeiter zu Kapitalisten, Großgrundbesitzer — in den Besitz des Produktes der Arbeiter zu setzen. Nur die Verwindung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliche Eigentum und die Verwindung der Waarenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Glanzes und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlthat und allseitiger harmonischer Verwollkommung werde.“

Jahren „sogenannte Arbeiterführer“ unterhalten, deren Ehrgeiz in den meisten Fällen kein anderer war, als der „Politiker“ zu werden. Der neue Verband stellt sich u. A. die Aufgabe, die Massen zu überzeugen, daß die Zahl der Arbeiterführer zu groß ist und daß die Zeit gekommen sei, da eine einzige Organisation genüge. An der Spitze des Verbandes soll ein mit allen Machtvollkommenheiten ausgestatteter Präsident stehen, der auch die Befugnis haben soll, den Streit der gesamten Organisation anzunehmen.

Das scheint uns, bei allem guten Willen, der dabei obwalten möge, doch ein verfehlttes Unternehmen zu sein.

Aus der Schweiz.

Bärlic, Ende August.

Die diesjährige Streikampagne war die bedeutendste, welche die Schweiz jemals erlebt hat. Soll dieselbe, die materiell mit einer Niederlage geendet, von moralischem Nutzen für die gesamte Arbeiterbewegung sein, so darf man sich nicht scheuen, offene Kritik zu üben und üben zu lassen. Nicht um Personen, sondern um die Sache handelt es sich dabei.

An Kritik fehlt es denn auch nicht. Auch das hiesige offizielle Organ der sozialdemokratischen Partei, die „Arbeiterstimme“ hat eine solche, die uns in allen Hauptpunkten zutreffend erscheint.

Verkürzung der Arbeitszeit und Minimallohn! hieß die Parole. Es war in des Wortes voller Bedeutung ein Prinzipienkampf, den die streikenden Genossen führten, und die thätige Begeisterung für diese Prinzipien gereicht denselben zur hohen Ehre. Die Erfahrung lehrt aber, daß gerade Kämpfe für Prinzipien und Ideale auf den stärksten Widerstand der Gegner stoßen.

Die Verkürzung der Arbeitszeit ist und bleibt unter den kapitalistischen Einrichtungen eine der wirksamsten Waffen zur Hebung der materiellen und geistigen Lage der Massen, wenn dieselbe in richtigen Momenten und unter Berücksichtigung aller in Frage kommenden Faktoren in die Hand genommen wird.

Dabei sei nicht unbetont gelassen, daß in Arbeiterkreisen noch oft viel zu weitgehende Hoffnungen auf die Verkürzung der Arbeitszeit gesetzt werden, dahingehend, daß sie in allen Fällen eine Verstärkung der Nachfrage nach Arbeitskräften und damit eine Besserung der Lohnverhältnisse zur Folge haben müsse. Die Erfahrung zeigt dagegen, daß in einer ganzen Reihe von Fällen, in denen verhältnismäßig eine mäßige Verkürzung der Arbeitszeit eingeführt worden — und nur eine schrittweise ist unter den heutigen Verhältnissen ausführbar — die Produktivität der Arbeit nicht nur nicht nachgelassen, sondern zum Teil vermehrt wurde, die Hoffnungen in Bezug auf die zu spät kommende vermehrte Nachfrage sich also nicht erfüllten.

Die zweite Forderung, der Minimallohn, besitzt auch eine tiefe Bedeutung, sollte aber bei einer einsichtigen Messerkraft auf Sympathie stoßen, während auch da das Gegenteil der Fall ist. Man schimpft in diesen Kreisen jährlich und jährlich über Schmutzlohnkurzen. Nun ist aber keine einzige heute durchführbare Maßnahme so gut geeignet, dieselbe zu bekämpfen, als ein einheitliche, für alle Verhältnisse gültige Lohnskala, zu denen eben auch der Minimallohn gehört. Die Schmutzlohnkurzen ist auch im Baugewerbe sehr entwickelt. Gerade auf diesen Boden giebt es eine Reihe von dunklen Existenzen, die selbst bei hohen Löhnen spielen und bauen und werken, so lange eben der Schwindelhafter in die Hände treibt. Aber auch Leute, die in den Augen der Arbeiter als Dieberräuber gelten, seien es Architekten oder Privats, die bauen lassen, seien in der skandalösen Konkurrenz der Arbeiterkräfte, seien in der unzulässigen Ausnutzung des überfüllten Arbeitsangebotes ein unantastbares Vorkommen.

Es läßt sich nun trotz aller Anerkennung der höchst prinzipiellen Grundidee, die den großen Streik der Maler und Schreiner zu Grunde lag, die Frage aufwerfen, ob es angebracht der bestimmenden Faktoren gut gethan war, einen Streit um Prinzipien zu inszenieren, ehe und bevor den bedrängten Gewerkschaften am-Platz, wie z. B. den Schuhmachern und den Schmiedern und Wagneren, zu einer Verbesserung ihrer geradezu miserablen Arbeitsverhältnisse geholfen werden konnte.

Die „Arbeiterstimme“ glaubt, daß eine ohne vorhergehendes Gedenk für diese Gewerkschaften inszenierte Lohnbewegung siegreich gewesen und die volle Sympathie des Publikums gehabt hätte, wenn dieselbe vor der Bauhandwerkerbewegung und unabhängig von derselben unternommen worden wäre. Hier war eine wirkliche, allen offensbare Postlage vorhanden, während das vom Maler- und Schreinerstreik nicht so gesagt werden kann, die sich beide in erster Linie als Prinzipienkämpfe dokumentierten.

Mit der Aufrüttelung der Massen allein ist wenig gethan, wenn man nicht zugleich das Möglichste zur Herbeiführung eines praktischen Erfolges tut.

Auf die Frage, wo die Hauptursachen der Niederlage zu suchen sind, antwortet unser Parteiorgan:

Es war unbestreitbar ein großer taktischer Fehler, daß man über ein halbes Jahr lang vor dem Ausbruch des Streiks mit diesem Gewerkschaften in Versammlungen und durch die Presse den großen Bauhandwerker-Ausschub für das Frühjahr in Aussicht stellte. (Wir erinnern dabei an das im Dezember erfolgte, von „unabhängigem“ Geiste bilanzierte Flugblatt, in welchem von einem Generalfreil der Bauhandwerker die Rede war und zwischen den Reihen für die anarchistische Auffassung Propaganda gemacht wurde.)

Dadurch erregte man das Unternehmertum, während man auf dessen Trennung hätte bedacht sein sollen, das in aller Stille seine Vorbereitungen traf und durch in Aussicht gestellte erhebliche Arbeitskräfte Stimmung unter den Bauhandwerkern vermittelnden Privaten gegen die Arbeiterkraft zu machen wußte. Die Meister im Baugewerbe ließen dann auch so viel als nur möglich im letzten Winter vorarbeiten. Das geht auch den von der Arbeitslosenkommission gemachten, vom Genossen Wetz zusammengestellten Differenz hervor: während nämlich im Winter 1892/93 sich bei der Arbeitslosenkommission 99 Maler und 61 Schreiner anmeldeten, meldeten sich in demselben von 1893/94 139 Maler und 13 Schreiner an!

Es war unklar, daß, als kaum die Streikbewegung der Maler begonnen, sofort eine Reihe anderer Bauhandwerkervereinigungen, wie die der Zimmerleute, Schenker, Glaser, Maurer und Schlosser, Versammlungen abhielten und Forderungen auf-

stellten, ohne daß Mittel und ernstlicher Wille vorhanden gewesen wären, dieselben zur Anerkennung zu bringen.

Die Folge dieser kritischen Fehler war, daß bei Ausbruch des Streiks die Meisterkraft, die man u. a. in Aussicht hatte, einig wie noch nie da stand, daß das Unzulässige möglich geworden, daß 1200 Meister und Unternehmern sich zusammenfanden und dadurch die Behörden, die sich durch das Groß- und Kleinbürgerthum gebildet wußten, veranlaßten, Ausnahmeparagraphen zu fassen und die bisher üblichen Rechte streikender erheblich und dauernd zu beschränken.

Die durch das ungeschickte, frühzeitige Vorkommen geschaffene Solidarietät des Unternehmertums im Baugewerbe hatte die weitere Folge, daß man fast allgemein die Malermeister von den eingegangenen Forderungen verpflichtet entband, wodurch eine Hauptkalkulation der Streikenden hinfällig wurde.

Das Bundescomité der Schweizerischen Gewerkschaften ließ dieser Lage in einer öffentlichen Versammlung durch einen seiner Vertreter darlegen, daß alle die streikenden Streiks nicht leichtsinnig inszeniert worden sind, vielmehr schon seit zwei bis drei Jahren geplant waren. Derselben wurden auch ohne Zustimmung des Bundescomités ausgedrückt sein, weshalb dieses keine Verantwortung treffen.

Situationsberichte.

Maurer.

Hamburg. In der am Donnerstag, den 6. September, abgehaltenen Mitgliederversammlung wurden vor Eintritt in die Tagesordnung Franz und Friede auf die Dauer von vier Wochen zu Ersatzlokalen ernannt. Der erste Punkt der Tagesordnung lautete: Unterhaltungsbeitrag der streikenden Maler und Belegschaften in Schlotheim (Schlingens). Hierzu berichtete der Bevollmächtigte, daß die Zahl der Streikenden 160 betrage und der Verband in ganz Deutschland nur ungefähr 400 Mitglieder zähle. Es sei demnach erklärlich, daß die Streikenden von Seiten des Verbandes nicht genügend unterstützt und derselben zum Siege verholfen werden könne. Für uns handle es sich nun darum, Mittel und Wege zu finden, um den streikenden Malern eine kleine materielle Unterstützung zukommen zu lassen; er mache den Vorschlag, Sammellisten herauszugeben, wenn aus unserer Kasse könnten wir nichts beizubringen, da nichts vorhanden sei. Gegen diesen Vorschlag sprachen Braun und Sglinzky, indem sie geltend machten, daß wir in letzterer Zeit mit den Sammellisten traurige Erfahrungen gemacht hätten, es sei nur wenig oder fast gar nichts darauf eingegangen, übrigens sei es in heutiger Zeit auch äußerst gefährlich, Sammellisten auf Bauten zu stellen zu lassen. Es würde vielmehr ratsam sein, den Zentralvorstand zu ersuchen, die Streikenden mit einer kleinen Summe zu unterstützen. Hierauf wurde die örtliche Verwaltung beauftragt, beim Zentralvorstand den Antrag zu stellen, für die streikenden Maler in Schlotheim M. 200 aus der Rentalkasse zu bewilligen. Zu Punkt 2 verliest der Kassier die Abrechnung vom Monat Juli, welche eine Einnahme und Ausgabe von M. 416,75 ausweise. Die Einnahme der Lokalfälle betrug M. 166,45, die Ausgabe M. 125,70, bleibt ein Kassensaldo von M. 40,75. Nachdem zu Punkt 3 Harms Bericht vom Gewerkschaftsartikel erstattet hätte, verlas der Bevollmächtigte die von der Kartellkommission gestellten Anträge, über welche voranlässlich eine Urabstimmung der sämtlichen Gewerkschaften vorgenommen und dann in das Geschäftsregulativ der Kartellkommission aufgenommen werden soll. Nach kurzer Diskussion wird der zu § 7 des Regulativs beantragte Vorstoß: „Werden von den Gewerkschaften zur Tagesordnung der Delegiertenversammlung Anträge gestellt, so haben sich die betreffenden Gewerkschaftsvorstände, unter genauer Angabe der Adresse der Sitzung die Belegschaften einladen, zur Anhörung der Belegschaft und Geschäftspunkte der Antragsteller und weiterer Vorgespräch. Der Kommission bleibt es vorbehalten, falls sie nach eingehender Prüfung der Sachlage zu der Überzeugung gelangt, daß es aus irgendwelchen Rücksichten unangenehm ist, den Wünschen der Antragsteller stattzugeben, den Antrag abzulehnen.“ Der abgewiesenen Gewerkschaft steht Bezug auf das Kartell zu, angenommen. Der neue § 12 wurde ebenfalls abgelehnt. Hierauf lautet: „Die Unterhaltung auswärtiger Streiks kann nur dann vom Kartell beschlossen werden, wenn durch länger dauernde oder größere Streiks eine Erhöhung der Rentalkasse eingetreten ist, oder falls es sich um Ausschluß solcher Organisationsangehöriger handelt, welche im Begriff stehen, ihre Organisation aufzurichten. In beiden Fällen kann jedoch eine Unterstützung nur auf ausdrücklichen Antrag der Vorstände der Zentralvereine oder der Vorstände derjenigen Lokalorganisationen, in deren Verande eine Zentralorganisation in Deutschland nicht besteht, gewährt werden.“ Zum vierten Punkt berichtet der Bevollmächtigte, daß in letzter Zeit auf mehreren Bauten den Kollegen nicht der volle Lohnentlohn ausbezahlt worden ist. Zu bebauern sei, daß man derartige Mißstände nicht der örtlichen Verwaltung melde. Wenn nun auch auf einigen Bauten die Sache später geregelt sei, so lassen sich Kollegen auf anderen Bauten wieder herbei, wo sie in drei bis vier Wochen keinen Lohn mehr erhalten haben, ruhig weiter zu arbeiten. Dagegen man weißt noch die Frage auf, ob es nicht zweckdienlicher sei, in nächster Zeit wieder eine öffentliche Versammlung einzuberufen, denn wir müßten doch berücksichtigen, die Organisation wieder zu stärken, denn so könne es auf keinen Fall weitergehen. Nach kurzer Diskussion wird auf Antrag Sglinzky's beschlossene, in aller nächster Zeit eine öffentliche Versammlung, wenn möglich mit der Tagesordnung: „Der Stand der gegenwärtigen Organisation, mit besonderer Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse“ einzuberufen. Hierauf erfolgte der Beschluß der Versammlung.

Mitona. Eine Mitgliederversammlung der hiesigen Hauptstelle des Kartellverbandes der Maurer Deutschlands tagte am 7. September bei Rod in Dittenen. Zunächst wurde vom Kassier die Abrechnung für August verlesen und dieselbe genehmigt. Hierauf erstattete der Bevollmächtigte Steinger Bericht vom Gewerkschaftsartikel. Von Peet wurde ausgeführt, daß nach dem Bericht des Kartells es sich so ausnehme, als wenn er, Peet, sich wohl eine Unterstützung hätte zu Schulden kommen lassen, nämlich in der Sache Bäcker. Selbiges sei ja freilich in einem „Eingelände“ dahin berichtigt, daß Peet mit

der Sache nichts zu thun habe. Es freute ihn, daß dies geschehen sei, er wolle es aber den Kollegen hiermit noch einmal unterbreiten, daß er mit der Angelegenheit nichts zu thun hätte. Derselbe wünscht noch, daß die Kartellbelegschaften dafür eintreten, daß solche Unrichtigkeiten nicht wieder vorkommen. Seine Äußerung aus, daß unlangst in einem Kartellbericht die Lokale bekannt gegeben seien, in denen Kellner thätig wären, die nicht dem Verein der Kellner angehörten; hierunter sei auch das Lokal von Klug in Dittenen gewesen. Die Kellner sei Klug gebören der Tabakarbeitervereinigung an, und das dürfte genügen; in zwei Vereinen können dieselben nicht sein. Peet fragt an, ob es schon entschieden sei, daß es auf Wahrheit beruhe, daß die Holz-Verwaltungsämter den Bericht von Waterloo zu Bürgeln im Grunde ließen. Die Sache soll noch nicht entschieden sein. Es wird noch angetregt, daß die Kollegen auf dem Wichtigsten Bau nicht regelmäßig die Sonnenstunden ihren Lohn bekommen; es sei doch wünschenswert, daß man solche Bauten melde, damit die Kollegen vor Schaden bewahrt bleiben. Ein Antrag, die Kollegen, welche dort arbeiten, soweit sie noch Mitglieder sind, zu der nächsten Versammlung einzuladen, damit man einmal den richtigen Sachverhalt erfahre, wurde angenommen. Dann wurde noch beschlossene, in der nächsten Zeit eine öffentliche Maurerverammlung einzuberufen mit der Tagesordnung: „Zentral- oder Lokalorganisation?“ Vorher soll ein Flugblatt vorbereitet werden, durch welches die Kollegen auf diese Versammlung aufmerksam gemacht werden. Man ist zu der Überzeugung gekommen, daß unbedingt etwas geschehen muß, um die Kollegen in die Vereinigung zurückzuführen, denn so wie wir jetzt stehen, sind wir in allen Theilen machtlos. Hierauf schloß der Versammlung.

Stettin. Am 7. d. M. fand die regelmäßige Mitgliederversammlung der hiesigen Hauptstelle statt. Nachdem vom Schriftführer das Protokoll der letzten Versammlung verlesen und von der Versammlung genehmigt war, wurde vom ersten Bevollmächtigten des „Correspondenzblatt“ der Kartellkommission der Gewerkschaften Deutschlands verlesen. Zum dritten Punkt: „Bericht der Lokalkommission“, las Kollege Borchers an, daß der Tarif den Meistern schriftlich zugelandet sei mit der Bemerkung, daß wenn die Meister mit demselben nicht einverstanden seien, sie ihre Proteste bis zum 2. d. M. an unseren Arbeitsnachweis einzureichen hätten; wenn keine Antwort erfolge, würde angenommen, daß sie mit demselben einverstanden seien. Weiter verlas abdem ein von einem Meister eingelangenes Schreiben, welches aber keine Einwendungen gegen den Tarif enthielt. Von der Versammlung wurde nunmehr der Beschluß gefaßt, den Tarif zu drücken zu lassen und denselben den Meistern zuzulassen. Beim vierten Punkt: „Wahl eines ersten Bevollmächtigten“ wurde von dem bisherigen Bevollmächtigten betont, daß er alt sei und schon seit drei Jahren das Amt bekleide, auch habe er mit Krankheit in der Familie zu kämpfen und sehe er sich deshalb genöthigt, sein Amt als Bevollmächtigter und Rapporteur des Hauptorgans niederzulegen. Als Rapporteur wurde der Kollege S. Rowe gewählt. Sammlische zu dem Posten eines ersten Bevollmächtigten vorgeschlagenen Kollegen verzeichnet, so daß beschlossen wurde, diesen Punkt nochmals auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung zu setzen. Hierauf wurde vom Kollegen V. Rögger bekannt gegeben, daß noch mehrere Protokolle vom letzten Verbandstag vorhanden seien. Beschlossen wurde, dieselben an die Mitglieder zu vertheilen. Hierauf erfolgte der Beschluß der nur schwach besuchten Versammlung.

Winnberg. Am Sonntag, den 2. September, Nachmittags 4 Uhr, tagte im Lokale des Herrn Schmidt unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Auf der Tagesordnung stand: Wahl eines ersten Bevollmächtigten und Kassiers. Der Kollege K. N. g. sagte an, daß ihm zur Last gelegt sei von seinen Arbeitskollegen, er arbeite nicht nach dem Tarif und hätten sie auch sonst Verschiedenes gegen ihn, deshalb lege er sein Amt nieder und wäre jetzt an seiner Stelle ein neuer Bevollmächtigter zu wählen. Kollege V. B. m. n. beantragt, keine Abstimmung vorzunehmen, bevor nicht von den Kollegen der Versammlung klar gemacht sei, was für Beschwerden vorliegen. Der Antrag wurde angenommen. Kollege K. N. g. sagte jetzt an, daß König nicht die richtige Arbeitszeit innegehabt hätte, was doch vom Vorkommenden zu verlangen sei. Kollege K. N. g. spricht seine Verwunderung aus über die Kollegen, welche ihn heute verurtheilen wollen. Wenn weiter nichts vorliege wie dieses, so ließe sich darüber sprechen, er hätte deshalb seinen Posten nicht niedergelegt. Aber schon 14 Tage vor der Versammlung hätten Verschiedene gedröhrt, ihn aus dem Verband auszuschließen, deshalb habe er jetzt, schon vor der Zeit, seinen Posten niedergelegt; es wüßte ihn überhaupt, daß noch kein dementsprechender Antrag gestellt sei. Zur Sache selbst übergehend, bemerkt er, daß er wohl, statt von 6—8 Uhr, von 6 $\frac{1}{2}$ —6 $\frac{1}{2}$ Uhr gearbeitet habe, das läme aber davon, weil er, wie noch Verschiedene mehr, mit den Maurern und Handlangern der Fabrik, welche laut Arbeitsordnung diese Zeit innehaben müssen, arbeite, und ließe sich dagegen schlecht etwas machen, zumal bei dieser schlechten Bauperiode. Außerdem hätten andere Kollegen mehrere Jahre ebenso gehandelt. Mehrere Kollegen sprachen sich im gleichen Sinne aus und wurde folgender Antrag angenommen: „Bei Fälligkeit auf der Fabrik, wo mit den Fabrikmaurern oder Handlangern zusammen gearbeitet wird, kann nach der Fabrikarbeitszeit gearbeitet werden.“ Kollege K. N. g. wurde mit Majorität als erster Bevollmächtigter wiedergewählt. Als Kassier wurde Kollege Timm und als zweiter Kassier Kollege K. B. g. gewählt.

Zehoe. Am 4. September fand die regelmäßige Mitgliederversammlung der hiesigen Hauptstelle statt. Nachdem die Beiträge erhoben, wurde Kollege Heinrich Steffen's einmüthig zum zweiten Kassier gewählt. Im Punkt: „Bericht des“ wurde von einem Mitgliede angefragt, wie es komme, daß in der Hauptstelle Neumann nur 40 A. Extrabehrag bezahlt werde, während in bei 60 A. Extrabehrag bezahlt werden müsse, der Lohn aber in beiden Städten der gleiche sei. Die Verwaltung erklärte, daß sie schon zweimal an den Hauptvorstand in dieser Sache geschrieben habe, dieser es aber der Mühe nicht werth gehalten habe, die Sache zu regeln. (Diese Behauptung ist, wie uns vom Vorstand mitgeteilt wird, falsch; es wird in Neumann der beste Extrabehrag, und zwar auf Veranlassung des Vorstandes, bezahlt als in Zehoe. D. Neb.) Dann wurde die Verhandlung der hiesigen Kollegen, welche am Kanal arbeiten, von Verschiedenen Mitgliedern gerügt, weil diese als Verbandsmitglieder Abends bis 11 Uhr arbeiten. Da weiter nichts vorlag, wurde die Versammlung vom Bevollmächtigten um 11 Uhr geschlossen.

Kiel. Am 4. September fand eine öffentliche Versammlung der Maurer Kiels im „Englischen Garten“ statt. Zum

ersten Punkt der Tagesordnung: Endgültige Beschlußfassung über unsere bisherige Lohnverträge, namn Kollege D r o b i t s u n d das Wort und legte in klaren Worten der Versammlung die Ansicht der Innungsmesser vor, er empfahl am Schluß seiner Ausführungen die Wahl eines Gesellenauschusses. Dieses ist eine längere Diskussion hervor, und wurde am Schluß doch zur Wahl eines Ausschusses geföhrt. Derselbe legt sich aus den Kollegen S i e b e l, W i l l, R e u s h, D r o b i t s u n d E i s e n s t e i n zusammen. In der allgemeinen Diskussion wurde von einem Mitgliede die Bauheit der Kollegen und der schwache Versammlungsbesuch geröhrt. Der Kollege forderte auf, der Organisation belzutreten, und schloß mit den Worten: Vereint sind wir Alles, vereinzelt nichts. Alsdann folgte Schluß der schwach besuchten Versammlung.

Schwarzenberg. Die hiesige Bahnhöfe hielt am 28. August ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Im ersten Punkt der Tagesordnung wurde der Kollege S. M e i e r als Mitglied aufgenommen und sodann der Beitrag von den Kollegen entrichtet. Unter Berücksichtigung verlas der Bevollmächtigte einen ihm vom Kollegen D o m e l b u r g aus Hamburg zugegangenen Brief, aus welchem hervorging, daß der Kollege K o p s als Schwarzenberg beim Vorstände angefragt habe, ob er nicht Einzelmitglied der Zentralverbandes werden könne, weil er der Bahnhöfe Schwarzenberg nicht wieder beitreten wolle. Die verschiedenen Gründe, welche Kopps angegeben hatte, wurden von der Versammlung als lächerlich bezeichnet.

Berlin. Eine mäßig besuchte Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands, Bahnhöfe I Berlin, tagte am Sonntag, den 2. September in den Arminshallen, Kommandantenstr. 20. Der Bevollmächtigte theilte den Anwesenden mit, daß das Protokoll der letzten Versammlung nicht verlesen werden kann, indem der Schriftführer am Sonntagabend auf dem Bauhauß verunglückt sei, und wurde an Stelle des Schriftführers Kollege K e s p i n zur heutigen Versammlung als Schriftführer ernannt. Außerdem wurde den Anwesenden von dem Vizepräsidenten F r a n k e i n D a b n i t z Mitteilung gemacht und daß die Verwaltung zur heutigen Besetzung der Löhnen einen Antrag gelehnt hat, welches von der Versammlung gut gelehnt wurde. Die Anwesenden erheben sich zu Ehren der Verstorbenen von ihren Plätzen. Sodann eröhrt Kollege D ä h n e das Wort zu seinem Vortrage. Er führte an, daß das Unfallversicherungsgezet nach seinem 10-jährigen Bestehen nochwendig der Verbesserung bedürfte und würde dem Reichstage in nächster Zeit eine Vorlage zugehen, um dasselbe umzugestalten. Redner führt weiter an, daß von den bereinigten Krankenkassen Berlins sowie von Arbeitervertreter-Vereinen eine Petition ausgearbeitet sei, dieselbe ist den übrigen Krankenkassen Deutschlands sowie den Gewerkschaften von Berlin überhandt worden, um sich derselben anzuschließen. Redner sprach den Wunsch aus, daß sich die heutige Versammlung der Petition anschließen möge, denn eine heilige Willkür sei es, daß der Arbeiter sein gutes Recht mit allem Nachdruck fordere. Zur Geschäftsordnung stellt Kollege D i e t r i c h den Antrag, die Diskussion über den gelehnten Vortrag der Wichtigkeit halber bis zur nächsten Versammlung zu versetzen, welcher angenommen wurde. Im zweiten Punkt der Tagesordnung wurden zwei Unterstützungsgeluche der Unterstützungskommission überwiefen. Weiter wurde ein Dankschreiben für empfangene Unterstützung verlesen. Ebenso wurde ein Schreiben des Rächters der Germania-Säle verlesen, in welchem derselbe anfröhgt, ob der Verband darauf reflektire, am 18. Februar 1895 daselbst seinen Maschinenball abzuhalten. Nachdem ihm schon vorher vom Vergnügungskomitee abgelehnt wurde, wurde ihm von der Verwaltung mitgeteilt, daß wir, so lange die Germania-Säle den Arbeitern nicht zur Versammlungen zur Verfügung stehen, auch auf Abhalten von Vergnügungen dort verzichten müssen. Kollege K o b e l erinnert daran, daß die Mitglieder zur nächsten Versammlung ihre Mitgliedskarten abgeben müßten, damit das Material diesmal pünktlicher zusammengestellt werden kann. Hierauf Schluß der Versammlung.

Dannover. Eine öffentliche Maurerverversammlung tagte am 4. September unter dem Vorhise des Kollegen D r o b i t s u n d im großen Saale des Ballparks. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: Wie stellen wir uns zu der willkürlichen Lohnverteilung? führte der Vorsitzende aus, daß insolge des Indifferenzismus vieler Kollegen der Lohn zu bedeutend gesunken, wie dies bei der Fall sei; selber hätte nur ein geringer Bruchteil der Kollegen dem Verbande sich angeschlossen. Es sei deshalb erklärlich, daß wir ein Spielball in den Händen der Unternehmer seien. Die vornehmliche Aufgabe müsse es jetzt sein, für den Verband zu agitieren und denselben neue Mitglieder zuzuföhren. Redner ährt hierbei Karl Marx: Proletarier aller Länder, vereint Euch, und Heinrich Fabios: Die Gründung des kleinften Arbeitervereins hat für den zukünftigen Kulturfortschritt größere Bedeutung als die Schlacht von Savona. Hierauf sprach Kollege D r o b i t s u n d: Man müsse Streits so viel wie möglich vermeiden, indes hätten die Arbeitgeber durch unser Bauern gelernt, und in gewisser Beziehung zuvorkommen. Wölle man jetzt eine gähligere Konjunktur abwarten, so könne man warten bis zum St. Nimmerleinstage. Eine Erhöhung des Lohnes werde nicht geföhrt, es solle nur der Stundenlohn von 45 A beauptet werden. Als vor eiltigen Jahren, verursacht durch die vielen auswärtigen Streiks, das Angebot von Arbeitskräften hierorts ein großes gewesen sei, habe es trotzdem die Unternehmerschaft nicht gewagt, den Lohn zu zu-rebuzieren wie jetzt. Da sich das Kapital immer enger zusammenschleßt, so müsse dieses auch für die Arbeiter ein Hindernis sein, daß nur durch Organisation etwas zu erreichen sei. Nachdem dann noch mehrere Kollegen für den Verband eingetreten und Kollege W i l l i g die Mitteilung gemacht, daß verschiedene Kollegen bisher bis 7 Uhr arbeiten, eröhrt der Verbandsvorhise, Kollege D o m e l b u r g, das Wort. Derselbe führte aus: Durch Verküpfung einer Sperre würde augenblicklich nichts erzielt; selber lägen die Verhältnisse so, daß die Unternehmer den Lohn noch bedeutend mehr föhren würden. Vorhise ließe sich indes nichts Anderes erreichen, als daß sämtliche Kollegen an ihre Arbeitgeber herantraten und dafür sorgten, daß der Lohn nicht so sehr sinke. In verschiedenen Städten Deutschlands sei es der Unternehmerschaft nicht möglich, den Lohn zu brüden, weil sie mit den Arbeiterorganisationen zu rechnen hätten, trotzdem an diesen Orten bedeutend schlechtere Arbeitsverhältnisse beständen als in Hannover. Viele Kollegen hätten nun die Meinung, daß, wenn sie heute in den Verband eintreten, ihnen morgen schon die gebotenen Löhnen in den Mund hineingehoben, welche Aufstellung von der Organisation sei eine falsche. Würde sich aber die große Mehrzahl dem Verband anschließen, dann können wir den Unter-

nehmern ein Paroli bieten. Sodann brachten mehrere Kollegen von ihnen gelehnten Lohnforderungen, welche theils von Erfolg waren, zur Sprache. Weiter wurde beschlossen, in 14 Tagen wieder eine öffentliche Versammlung abzuhalten. Dann wurde die Mitteilung gemacht, daß 30 Kollegen während der Versammlung sich dem Verband angeschlossen hätten. Die Wahl des Vertrauensmannes unterließ, da Kollege D r o b i t s u n d das Amt weiter bekleiden will. Nachdem dann Kollege D r o b i t s u n d auf den Generalsloß aufmerksam gemacht, erfolgte Schluß.

Erfurt. Am 7. d. M. fand im Alten Schwan die regelmäßige Mitgliederversammlung der hiesigen Bahnhöfe statt. Hundert sieben sich 6 Kollegen ausnahmen. Darauf frug der Vertrauensmann an, ob die Mitglieder mit der Amtshöflichkeit unferes bisherigen Gewerbegelehrtens, Kollegen J ä g e r, zufrieden seien oder Beschwerden gegen denselben einzubringen hätten. Da sich hierauf Niemand zum Worte meldete, pläbrierte Kollege S a n d e für Wiederwahl des Kollegen J ä g e r, falls derselbe nicht absteht. Letzterer bedankt sich für das bisherige ihm bewiesene Vertrauen und verspricht, auch fernerhin seine Stelle nach bestem Ermessen auszuföhren. Es werden hierauf für den Fall, daß aus unserer Mitte ein zweiter Beisitzer verlangt würde, die Kollegen G r a m a n n und G ü n t h e vorgelehnt. Der Erstere wird mit Majorität gewöhlt. Im dritten Punkte, Fahnenangelegenheit, verliest der Vorhise die Empfehlungen der Banner- und Fahnenfabrik nebst Preisleasant für die verschiedenen Ausführungen und fordert die Mitglieder auf, sich für einen der vorgelehnten Preise zu erklären. Nach kurzer Diskussion wird der höchste Preis, nämlich M. 174, bewöhlt mit der Bedingung, daß alldann sämtliches Zubehör, als Schürzen, Leberzug usw. mit eingeschloß sein. Es wird nun noch bestimmt über die Jubiläumsfeier, welche die Fahne tragen soll. Auf der einen Seite soll nebst Werkzeugmonogramme der Spruch stehen: Vereinten Kräfteff ist geling, nach einer nicht zu Stande bringt. Auf der anderen Seite soll unter den sich fassenden Händen der Titel des Verbandes stehen. Es wird nun in Bezug auf die Kosten der Vorhise gemacht, eine Fahnenweihe zu beanstalten und einen etwaigen Ueberhise der Bahnhöfe zuzuwenden. Ueber vorliegenden Vorhise sind die Meinungen getheilt und es erfolgt Verabredung derselben bis zur nächsten Zusammenkunft. Im Beschloßenen beschneht sich Kollege D r o b i t s u n d, daß er so selten einen Situationsbericht von Erfurt zu lesen bekäme, worin er noch von mehreren Mitgliedern unterhiseht wird. Der Schriftführer wird aufgefordert, seinen Pflichten besser nachzukommen. Hierauf erfolgt Schluß der gut besuchten Versammlung um 12 Uhr.

Kolberg. Eine Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands usw., Bahnhöfe Kolberg, fand am 2. d. M., Nachmittags 2 Uhr, im Vereinslokale statt. Die Verabredung vom Stillsitztag ergab als Einnahme M. 24, Ausgabe M. 60. Die Versammlung erklärte diese wie auch die Verabredung vom 2. Quartal für richtig. Zum Punkte „Tage am Orte“ sprach Kollege S a n t. Es soll hier eine Ferienkolonie errichtet werden, dieselbe soll bis zur nächsten Bahnhöfe fertig und alle zwei Wochen soll eine Etage hoch sein. Der genannte Kollege brachte in Vorhise, den Bau im Alford fertig zu machen und bemerkte hierbei, daß ein Maurer je öhnehin im Tagelohn tausend Steine bezuarbeiten müsse. Fast alle Kollegen waren gegen diesen Vorhise, da der Verband darnach hinströbt, die Alfordarbeit so viel wie möglich aus der Welt zu schaffen. Wie wird es auf diesem Bau wieder hergehen? Da werden die Kolleger Maurer noch einmal ein wenig aus ihrer Trägheit aufgeröhrt werden; denn es ist für die willkürliche Verwaltung heinhlich, die monatlichen Versammlungen bei 10-15 erschienenen Mitgliedern eröffnen zu müssen. Da weiter nichts Besondere vorlag, erfolgte am 3 1/2 Uhr Schluß der Versammlung.

Wittich. Am 1. September, 8 1/2 Uhr Abends, tagte im Lokale des Herrn S i n z, Deulshofstraße 31, die Mitgliederversammlung der hiesigen Bahnhöfe des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands usw. Nachdem der Kassierer die Beiträge erhoben hatte, wurde an Stelle des bisherigen Kassierers der Kollege Otto Lange von Stolte gewählt und als dessen Stellvertreter Ch. S c h o r i e s; als Revisoren wurden Emil W e b i n g, F r i t z H e m p l e r und Gustav B i h n e r gewöhlt. Sodann wurde vom Bevollmächtigten das Verhölten unserer Kollegen-Vorhise zu unserem Verbande geröhrt. Er theilte den Kollegen mit, daß der Herr Stadtrath Wittich nicht allein damals in der Versammlung im Konsumtions-Saale unserm Kollegen und Vorstandsmitgliede S t a n i n g das Wort entzogen, sondern auch den überwachenden Beamten beauftragt habe, den Genossen F a n z e in Mitgliederorganisationen nicht mehr sprechen zu lassen. Als man den Beamten fragte, auf Grund welches Paragraphen das Verbot erlassen sei, erwiderte er, es sei vom Herrn Stadtrath Wittich bestimmt und er dürfe es nicht gestatten. Da sonst nichts vorlag, wurde mit einem Hoch auf die Maurerbewegung die Versammlung um 9 1/2 Uhr geschlossen.

Breslau. Die Mittwoch, den 5. September, tagende regelmäßige Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands, Bahnhöfe Breslau, hatte folgende Tagesordnung: 1. Vorhise der neuen Polizeiverordnung zur Verhütung von Unfällen bei hantlichen Arbeiten zu Frankfurt a. M. 2. Diskussion. In derselben wünscht Kollege S c h o t z, daß die Frankfurter und die Breslauer Verordnung zusammengelehnt und dem hiesigen Magistrat vorgelegt werden. Kollege T a m m meint, daß das Nützege bei manchem Meister nicht in gutem Zustande ist. Da heißt es bloß, wenn man eine angepöulste Stange oder Stredde nicht nehmen will. Ich habe keine andere, wenn es Ihnen nicht paßt, so lassen Sie es sein, und die Arbeit wird doch gemacht mit dem verkauften Nützege. S c h o t z stellt den Antrag, eine Kommission zu wählen, die in Sachen der Frankfurter Verordnung beim Magistrat vorhiseht und sonst auch die Sachen föhren kann. Kollege G e r m a n n spricht dagegen; er meint, daß die Sache noch Zeit hat, und wir müßten erst genügend Material dazu sammeln. Der Antrag wurde auch abgelehnt. Im Beschloßenen bringt Kollege G l a u b i t z zur Sprache, daß am 22. September das Stillsitztag der hiesigen Bahnhöfe stattfinden soll, und schließt vor, dazu ein Festkomitee zu wählen. Kollege W ä d e r stellt den Antrag zur Diskussion, ob das Stillsitztag überhaupt stattfinden soll oder nicht. Es wurde einstimmig angenommen und fünf Mitglieder in das Komitee gewöhlt. Hierauf Schluß der gut besuchten Versammlung.

Waldsiede. Am Sonntag, den 1. September, hielt die hiesige Bahnhöfe des Verbandes der Maurer Deutschlands ihre monatliche Mitgliederversammlung ab. Nachdem die Kassiergelehnte erledigt waren, führte zu Verhandlungsgegenheiten der Bevollmächtigte an, daß das Mitglied S. D r ü c k e r sich dadurch

gegen den Verband vergangen, daß er schon zweimal im Laufe eines Jahres in der Versammlung Propaganda gemacht habe für Aufhebung der Bahnhöfe; nur den einhüftigeren Kollegen sei es zu danken, daß der Antrag keine Annahme gefunden hätte. Das betreffende Mitglied hat es nun so weit gebracht, daß es vier Monate mit seinen Beiträgen zurückgeblieben ist, das heißt abhischlich, denn es hatte sich schon vorher ausgelassen, es so weit bringen zu wollen, daß man es freilegt. Auf Grund dieser Thatsache wurde denn auch der Ausschluß vollzogen. Nun kam das Herbstgewese zur Verhandlung. Dem Wirtch unferes Vereinslokales ist es nicht möglich, reisende Mitglieder zu beherbergen, und auf der Verbege „Zur Schmaltz“ will es Reinem behagen, deshalb ist ein Uebererintommen mit dem Wirtch der Schuhmacherherberge getroffen, für 30 A Logis und Kaffe zu geben. Die hiesige Bahnhöfe beschloß demnach, 30 A in Waare zu zahlen und den Reisenden eine Karte, mit dem Stempel des Bevollmächtigten versehen, auszuhandigen, worin sich der Wirtch alle Monate nach Abgabe der Karten sein Geld vom Kassierer holen kann. Im Beschloßenen nahm Kollege K u p p e r e c h t das Wort und fragte, ob es nicht thunlich sei, eine Festhische abzuhalten, es sei doch schon in der vorletzten Versammlung darüber gesprochen, aber kein Resultat erzielt worden. Es wurde von der Versammlung, weil auf eine schlechte Beteiligung geschlossen wird, bis auf Weiteres abgelehnt. Da weiter nichts vorlag, wurde die Versammlung geschlossen.

Sollingen. In der vorletzten Versammlung wurde beschlossen, jeden ersten und dritten Sonntag im Monat, Nachmittags 5 Uhr, Versammlung abzuhalten. In der letzten Versammlung ließen sich nach Empfangnahme der Beiträge verschiedene Kollegen ausnehmen. Sodann erfolgte die Erklärung des Statuts der Zentralbankenkasse und wurde die Beschloßfassung bis zur nächsten Versammlung vertagt. Im Punkte „Beschloßenes“ wurde von verschiedenen Mitgliedern der Antrag gestellt, ein neues Vereinslokal zu beschaffen. Vorgelehnt und einstimmig angenommen wurde das Lokal des Herrn Jos. v. Geis, Cronenbergerstraße. Da sich weiter Reiner mehr zum Wort meldete, so wurde die Versammlung geschlossen.

Dortmund. Am 1. September tagte im Lokale des Herrn W u t t e eine öffentliche Maurerverversammlung. In das Bureau wurden gewöhlt die Kollegen P e t e r s, B ä s c h e und D u b a s. Genosse D i o d hielt einen lehrreichen Vortrag über die Bedeutung der Gewerbegelehnte und machte die Anwesenenden darauf aufmerksam, daß jeder 25 Jahre alte Arbeiter, der ein Jahr am Orte wohnt, wäßen kann. Er eröhrt, nur solchen Kandidaten die Stimme zu geben, die von der organisierten Arbeiterhische aufgestellt sind. Die nicht wäßenberechtigten hätten sich selbst zu agitieren, damit der Sieg der organisierten Arbeiterhische ausfalle. Ferner machte Redner darauf aufmerksam, daß Derjenige, der als Kandidat aufgestellt wird, 30 Jahre alt und mindestens zwei Jahre am Orte seinen Wohnhise gehabt haben muß, auch darf er keine Armenunterhiseung in der letzten Zeit erhalten haben. Redner meinte, es dürfe schwer fallen, unter den Bauhandwerkern einen geeigneten Kandidaten zu finden. (Ein trauriges Zeugnis für die Dortmunder Kollegen, zugleich aber auch eine ernste Mahnung, endlich sich zu organisieren. D. Red.) Unter lebhaften Beifalloßbezeugungen schloß Redner seinen Vortrag. Es erfolgte nümehr die Wahl eines Vertrauensmannes und wurde als solcher Kollege P e t e r s gewöhlt. In das Gewerkschaftsstatut wurde der Kollege R i e s c h b e t e r delegiert. Derselbe erpöulnete auch Bericht über die Verhandlungen der Essener Konferenz. Es folgte dann Schluß der Versammlung. In der am 8. d. M. stattgefundenen Mitgliederversammlung der hiesigen Bahnhöfe referierte, nachdem die geschäftlichen Angelegenheiten ihre Erledigung gefunden, Kollege F r i e d e r, die Arbeitsverhältnisse am hiesigen Ort unter großem Beifalle der Versammlung. Eine Diskussion fand nicht statt und trat darauf Schluß der Versammlung ein.

Ein a. h. Die Tagesordnung der am Sonntag, den 2. September, stattgefundenen Mitgliederversammlung lautete: 1. Abrechnung, 2. Wahl eines zweiten Vorsitzenden, 3. Wahl eines Bibliothekars und Abhaltung des Stillsitzfestes, 4. Beschloßenes. Die Abrechnung wurde vom Kassierer, W. P ä h, verlesen und lautete folgendermaßen: Kassierbestand vom 1. Quartal M. 60,25, Einnahme im 2. Quartal M. 186,10. In die Hauptkasse abgehandt M. 96,98. Ausgaben M. 6,95, hieft ein Kassienbestand von M. 92,42. Ausgenommen wurden 19 Kollegen. Kollege W. H i m m e r m a n n wurde an Stelle W o l l b o r n s zum zweiten Vorhise und Kollege P e t e r B ä h an Stelle M i t t e r s zum Bibliothekar gewöhlt. Die Feier eines Stillsitzfestes wurde ebenfalls beschlossen und ein Festkomitee gewöhlt. Beim letzten Punkt: Beschloßenes überwiefen die Versammlung dem rheinisch-westfälischen Agitationskomitee M. 20 als 1. Rate.

Dresden. Der holkteitigen Auflösung befiel eine am 5. September einderen öffentliche Maurerverversammlung mit der Tagesordnung: Kapitalismus und Armut, wozu der Kollege S ä h s l i c h das Referat übernommen hatte. Der Redner schilderte zunähst die Entwicklung des Kapitalismus in England und führte unter Anderem an, daß Hand in Hand mit der Entwicklung der Wollmanufaktur auch die Enteignung des Bauernhandes vor sich gegangen sei; die Landlords, der Kapitalismus, kein noch besonders begünstigt worden in ihrem Raub durch die englische Gesetzgebung. Durch diesen Entwicklungsprozess seien hunderrtaulende Vöhslose geschaffen, welche dem Kapitalismus willkommen waren zur Ausbeutung und als Lohnbrüder; Massenelend sei erzeugt worden. Als der Redner auf Deutschland zu sprechen kam und erwähnte, daß das Kapital auch hier seine Orgien feiere, daß in allen Kulturändern durch das Kapital dieselben Ereignissen, dieselben Klagengegenstände, dieselbe Ausbeutung, dasselbe Massenelend erzeugt werde und der Staat nur den wirtschaftlich Starcken beisteht und ihn begünstigt, während er sich um die große besöhloste Masse nicht kümmere, entzog ihm der überwachende Beamte, ohne sich an den Vorhiseenden zu wenden, das Wort. Als der Kollege S ä h s l i c h dem Beamten erwiderte, er (der Beamte) solle sich an den Vorhiseenden wenden, er kenne ihn überhaupt nicht, theilte der Beamte die Versammlung auf. Dieser Hüter des Gesetzes hat vielleicht unbewöhlt besser agitiert für die nächste Maurerverversammlung wie mancher Agitator auf dem Bau.

Bauhandwerker.

Regnitz. Am 2. September fand in dem Gasthof „In den drei Bergen“ eine öffentliche Bauhandwerkerversammlung statt, welche leider sehr schwach besucht war. Als Referent war Herr N e u t i c h aus Breslau erschienen. Er erklärte in kurzen aber klaren Worten die Notwendigkeit und Wichtigkeit eines Gewerkschaftsstatutes am hiesigen Orte. Die schwach besuchte

Berammlung und die wichtige Zahl der Verbandsmitglieder gab dem Referenten Veranlassung, die Kollegen zum Agiliten nach Beschlüssen aufzufordern, damit wir hier in Leipzig nicht zurückbleiben, sondern vorwärts kommen. Er betonte, daß das Parteiliche die Verhältnisse abhänge und bessere Zustände unter den Organisationen möglich mache, namentlich die Bauhandwerker hätten bessere Zustände geschaffen, damit ihre Gesundheit und Arbeitskraft so lange wie möglich erhalten bleibe. Der Referent ermahnte die Kollegen, ganz entscheidende Stellung gegen den Bauhandwerker zu nehmen, welcher hier wie auch an vielen anderen Orten in voller Blüte steht. Dann wurde zur Wahl geschritten. Als Delegierte wurden einstimmig gewählt die Kollegen Ba n g e und K e s s e l. Herr K e u t e r c h ermahnte die Kollegen nochmals zum Agiliten, damit sich die Zahl der Mitglieder immer mehr vergrößere und wir vielleicht später doch noch einmal das erringen können, was zu einem menschenwürdigen Dasein bis jetzt noch fehlt. Kollege K e s s e l las dann das Schriftstück vor, welches uns unser Magistrat als Antwort auf unsere Klage über die Arbeitslosigkeit sendete. In dem Schreiben hieß es, daß Arbeitslosigkeit unter den hiesigen Mauern gar nicht existiere, sondern tüchtige Maurer sogar gesucht würden. Trotzdem ist es vielen Leugnern Kollegen nicht möglich, Arbeit zu bekommen, trotzdem sie schon über 14 Tage suchen. Ferner theilte der Herr Oberbürgermeister noch mit, daß ihm der Centralverband der Maurer hier ganz unbekannt sei. Das ist ja kaum möglich, denn jedes Mitglied wird polizeilich gemeldet. Kollege G a n n e r beantragte, dem Magistrat eine Arbeitslosenliste zuzusenden. Herr L e i c h e r t beantragte, das Schriftstück zu veröffentlichen, damit Jedermann sehe, wie hilflos die Leugnern Rede ist, um die Arbeitslosigkeit der hiesigen Maurer zu lindern und zu beseitigen. Mit einem dreimaligen Hoch auf die freie Arbeiterbewegung wurde die Berammlung vom Einberufer geschlossen.

Stuttature.

Dortmund. Am 25. d. M. hielt die neugegründete Filiale des Centralverbandes der Stuttatur, Gipser und verw. Berufsgenossen ihre erste Mitgliederversammlung, welche recht zahlreich besucht war, ab. Der Vorstand, der schon in einer früheren Zusammenkunft gewählt wurde, besteht aus den Herren B. Schwarz, Bevollmächtigter, R. Rapp, Kassier, D. Fuhs, Schriftführer. Auf der Tagesordnung stand: Aufnahme neuer Mitglieder, Zahlung der Beiträge und Verhältnisse. Es ließen sich wiederum eine recht schöne Zahl Kollegen aufnehmen. Leider sind es bloß meist fremde zugewandene Kollegen, die wenn es zum Herbst kommt, wieder abziehen und wird die Zahlstelle dann wieder recht einjam aussehen. Die hiesigen Kollegen thun gerade als wach sie nicht in einer derartigen Vereinigung sein dürften, um sich gegenüber dem Arbeitgeber zu verteidigen. Im „Verkehrsleben“ wurde beschlossen, am 9. September, Nachmittags 4 Uhr beim Hirsch Walle auf dem Berge 6 eine öffentliche Stuttaturversammlung abzuhalten, in der Kollege Obenthal aus dem Namen abnehmen soll, und sollen hauptsächlich die indifferenten Kollegen herangezogen werden. Wegen vorgerückter Zeit wurde die Berammlung vom Vorsitzenden mit dem Wunsch, tüchtig für den Verband zu agitieren, geschlossen.

Die Vertheilung der hiesigen Stuttatur an der modernen Arbeiterbewegung ist, wie bekannt, erst neueren Datums. Nachdem Kollege O b e n t h a l aus dem Namen vor einiger Zeit hervorritt in bekannter Klarheit einen Vortrag über die Nothwendigkeit der Organisation gehalten, gelang es den energischen Bemühungen verschiedener Kollegen, eine Filiale des Centralverbandes deutscher Stuttatur an hiesigen Walle in's Leben zu rufen. Zwar besteht hier schon seit einigen Jahren ein Fraubereiter der Stuttatur, doch hat letzterer als Faktor der modernen Arbeiterbewegung absolut gar keine Bedeutung, da die Leitung desselben eher noch nicht von der Nothwendigkeit der Selbsthilfe der Arbeiter durchdrungen ist und überhaupt sich noch nicht zu dem Gedanken aufgeschwungen vermag, daß auch der Arbeiter ein selbständiges, Verechtigtes forderndes Ich sein kann. Auch die heutige öffentliche Berammlung hatte sich wiederum mit der Form der Organisation in sehr lebhafter und ausdauernder Diskussion zu beschäftigen, nachdem Kollege B e r t e l aus Bochum in Verbindung Obenthal's über dieses Thema einen Vortrag gehalten hatte. Schatz-plagten einige Gegner der Centralisation mit Bedwürtern derselben aufeinander, doch war die Auseinandersetzung eine solche, daß sie jedem unparteilichen Beobachter Achtung abgewinnen mußte. Es würde die Spalten dieses Blattes zu sehr in Anspruch nehmen, wenn Schreiber dieses auf Einzelheiten und spezielle Bemerkungen eingehen wollte. Das Resultat der lebhaft und gründlich geführten Diskussion gipfelte in der mit bedeutender Mehrheit angenommenen Resolution: „Die heute bei Walle tobende Berammlung erklärt sich mit den Behauptungen des Centralverbandes der deutschen Stuttatur vollkommen einverstanden und verpflichtet sich Jeder, im Sinne desselben zu wirken und zur Förderung der Behauptungen nach Möglichkeit zu helfen.“ Der weitere Zweck dieser öffentlichen Berammlung war Berichterstattung über die Bochumer Konferenz, welche von unserem Delegierten, Kollegen Schwarz, erstattet wurde. Nach Erledigung dieses Punktes fand die Wahl eines Vertrauensmannes statt, welcher gemäß den Beschlüssen der Bochumer Konferenz zu wirken hat. Als solcher wurde Kollege G e r b e r von der Mehrheit der Anwesenden bestimmt. Der Gesamtindruck der Berammlung war ein ganz ausgezeichneteter und hat uns hier einen guten Schritt vorwärts gebracht.

Glückstadt.

Aus Glückstadt.

Kameraden! Seit April d. J. haben wir uns einer Organisation (der Maurer) angeschlossen, und immer noch glaubt ein großer Theil der Kameraden, es nicht nöthig zu haben, sich dem Verbande anzuschließen. Sie denken, der Verband sei nur dazu da, die Resonanzstimmung zu zerschlagen und den Kameraden nicht zu nützen, weil sie nicht mehr auf die Wanderschaft gehen. Aber weit gefehlt, Kameraden! Denkt mal über Eure Lage nach, wie Euch der Lohn heruntergedrückt wird, wie wüß Ihr den wieder hoch bringen? Die Arbeitgeber geben keinen Pfennig mehr, wenn sie nicht dazu gezwungen werden. Ihr selbst seid es, wenn Ihr höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit und eine menschliche Behandlung haben wollt. Denkt an den Winter! Schon im gewöhnlichen Sommer haben wir eine Arbeitslosigkeit zu verzeichnen — was wird das erst im Winter werden. Und was haben wir im Sommer verdient, wenn wir in der glücklichen Lage waren, Arbeit zu haben? Denkt an Eure Familien; wenn sie Recht haben, habt Ihr selbst es ver schuldet durch Eure

Schlechte. Drum Kameraden, tretet dem Verband bei, damit wenn im nächsten Jahre die Baugeschäfte florieren, wir auch mal sagen können, dieses Jahr haben wir gemerkt, daß es Arbeit gab, wo wir mal was verdient haben, und nun können wir dem Winter in's Gesicht schauen, ohne daß uns die Haare zu Berge stehen, wie es in diesem Jahre der Fall ist. Den Kameraden, die schon dem Verbande angehören (es haben sich jetzt in Glückstadt um Umgend 30 Mitglieder beim Verband in Hamburg angemeldet), ist zu empfehlen, mehr für die Ausbreitung des Verbandes Sorge zu tragen, sowie für die Verbreitung des Hochorgans zu sorgen. Jedem fernstehenden Kameraden muß die Zeitung zugänglich gemacht werden, damit dieselben wissen, was wir wollen. Wir wollen bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen. Kameraden, bejuchet fleißig die Bahrtage, damit wir uns über unsere Lage verständigen können, und selbst Wege suchen, wie wir dieselbe verbessern können.

In jeder Berammlung hören wir Klagen der Kollegen über die schauerlichen Löhne, die hier bezahlt werden. Immer mehr geht der Lohn zurück. Es sind bloß noch ein paar Meißler, welche den schlechten Lohn von 88 S die Stunde noch beziehen, Einige zahlen 85 S und was bleiben Euch die Anderen, die die Mehrzahl bilden? 20 bis 30 S bieten sie den Geistes, und für diesen jämmerlichen Lohn wollen sie aber auch noch tüchtige Kollegen haben, und ist man dieses nicht, so bekommt man überhaupt keine Arbeit mehr. Stets werden größere Anforderungen an unsere Arbeitsfähigkeit von unseren „Arbeitgebern“ gestellt. Die Arbeitszeit wird fortwährend zu verlängern gesucht, denn an vielen Bauten sind die Kollegen schon wieder gezwungen, bis 7 Uhr Abends zu arbeiten, und trotzdem geht der Lohn immer mehr zurück; er ist heute schon so tief gesunken, daß er unter keinen Umständen mehr ausreicht, die nothwendigsten Bedürfnisse für uns und unsere Familie zu bestreiten. Jeder Kollege muß sich doch fragen: „Wohin soll das führen und wer trägt die Schuld?“ Es sind die Kollegen selbst, denn sie halten es nicht der Mühe werth, sich dem Verbande anzuschließen. Dies beweist ja, daß von 12—1400 Mauern, welche hier an Orte thätig sind, ungefähr 200 dem Verbande angehören, die überdies die Mehrzahl fehlt der Organisation den Rücken. Besonders die auswärtigen Kollegen, welche hier stark vertreten sind, finden es nicht für nöthig, sich zu organisieren, und hält man dieses ihnen vor, so gebrauchen sie immer ihre alte Ausrede und sagen: „Wir müssen noch nach Freitabend zwei bis drei Stunden laufen, da können wir doch nicht in die Berammlung gehen, was sollen wir da im Verband.“ Wenn aber der Meister oder Bauherr zu ihnen spricht: „Heute Abend bekommt Ihr ein Häßchen Bier“, dann sind sie erster Mann an der Spitze, dann kann es gehen so lange wie es will, sie kommen einfach nicht zu spät nach Hause. Nun, es sind aber nicht bloß die auswärtigen Kollegen, welche der Organisation noch fernstehen, sondern unter den Casselein sieht es noch sehr schlecht aus; denn meistens dügen sie im Alford, und durch die Alfordarbeit sind sich die Kollegen so unruhig, daß Einer immer dem Anderen den Alfordpreis heruntertreibt; denn derselbe ist schon so tief gesunken, daß für Wandputz 18 S und für Redenputz 28 S nur noch gezahlt wird. Darum, Kollegen, diesen Zuständen muß Einhalt geboten werden, wenn wir nicht elend zu Grunde gehen wollen. Aber was wollen 200 Mann dagegen ausrichten? Nichts, garnichts, vereint sind sie da. Und wie freuen sich die Meister darüber, daß wir ihnen gegenüber so machtlos da stehen; sie werden versuchen, uns noch mehr anzuknechten als bisher. Deshalb, Kollegen, hinein in den Verband, und Ihr, Kollegen; die Ihr dem Verband angehört, beachtet die Berammungen gut, agitirt auf den Bauten, damit wir stärker und fester organisiert werden, kann werden wir um Siege gelangen. Also noch einmal, auf für unsere gerechte Sache!

Mit Gruß

C. Elbe.

Aus Worms.

Bei der am 8. August vorgenommenen Gewerbegerichts-Wahl segnete die von den hiesigen Großhändler und dem Gewerbeverein vorgeschlagenen Kandidaten, Arbeitnehmer wie Arbeitgeber. Es ist allerdings nicht zu verwundern, daß die Kandidaten des Gewerkschaftspartei durchfielen, indem die Arbeiter der drei großen Fabriken zusammen 1600 Stimmen, während die anderen Wähler nur 400 waren. Doch ist gegen die Wahl Protest erhoben worden wegen verschiedener Unregelmäßigkeiten, die vorgenommen sind. Konnte doch der größte Theil der gewerblichen Arbeiter gar nicht wählen, weil die Zeit von 9 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends bloß zu kurz und nur in der W a h l l o k a l für sämtliche 2200 Wähler vorhanden war. Es wurden mehrere Stimmzettel als Wähler für die Arbeitgeber gewährt und als Arbeitnehmer außer Werkmänner, Ausseher und Wackerle. Die Arbeiter einer hiesigen Fabrik, die ihr eigenes Gerichte und einen Arbeiterausschuß haben, wählten ebenfalls; auch deswegen wurde Protest erhoben. Auch ist die hiesige Arbeiterbevölkerung zu sehr indifferent; Jeder sagt: „Es nützt doch nichts, was brauche ich zu wählen.“ Besonders die Arbeiter der Baugewerbe, hauptsächlich die Maurer, sind auschlaggebend, aber diese, obgleich ein Verein nahezu 100 Mitglieder zählt (wozu Stütz-Dunder'scher Richtung. Die Neb.), sind für Organisation nicht zu haben. Wenn sie nur am Sabbatage mit der Fraue, welchem Schutzfall und Hülfsbehut auf dem Kopfe auf den Beschlag ziehen können, sind sie schon zufrieden; der älteste Junstmischer würde seine Freude haben, wenn er die hiesigen Maurergesellen an einem solchen Tage sähe. Eine kleine Anzahl ist allerdings mit dem Schreiber dieses einverstanden, daß nur der Anschluß an den deutschen Maurerverband uns etwas nützt, aber es ist für die kleine Zahl noch zu früh, um den Verein zum Anschluß zu bewegen. Es wäre zu wünschen, daß ein Agitator aus Worms in einer öffentlichen Bauhandwerker-Berammlung (siehe) und den Arbeitern den Nutzen und die Bedeutung der Organisation klarlegen würde. Für zahlreiche Besuch würde gesorgt werden.

Aus Bochum.

Ausflug an die Stuttatur, Gipser u. verw. Berufsgenossen von Rheinland und Westfalen! Kollegen! Laut Beschluß der am 12. August in Bochum stattgehabten Konferenz der Stuttatur, Gipser und verwandten Berufsgenossen, fand am 28. August die Wahl des Agitationscomitès statt und besteht dasselbe aus folgenden Kollegen: Carl Salzer, Vorsitzender, Carl Schneider, Kassier und D. Fuhs, Schriftführer.

Kollegen! Wenn wir uns die selber noch so schlechte Organisation der Stuttatur von Rheinland und Westfalen betrachten, so sehen wir, wie nöthig es war, ein Agitationscomitè einzusetzen. Kollegen! Um es aber dem Agitationscomitè möglich zu machen, auch die Schritte einzuleiten, daß im nächsten Frühjahr eine geregelte Agitation stattfinden kann, eventuell in diesem Jahre die Kollegen in den hiesigen Ecken von Rheinland und Westfalen zur Erkenntnis zu bringen, braucht das Comitè Mittel.

Darum, Kollegen, ersuchen wir Euch, sorgfältig dafür, daß dort, wo noch keine Vertrauensleute gewählt sind, diese gewählt, und uns die Adressen der Vertrauensmänner umgehend eingekauft werden. Hat den regen Vertrieb der gedruckten Agitationsmatten 6 S ist gleichfalls Sorge zu tragen. Kollegen! Ferner ersuchen wir Euch um rege Unterstützung durch Angabe der Adressen redigierender Kollegen und anderer Genossen, die ein Referat übernehmen können. Adressen von Kollegen an Orten, wo noch keine Organisation besteht, sind gleichfalls erwünscht, damit wir mit ihnen in Verbindung treten können.

Beschließt dies, Kollegen, dann ist es uns möglich, unsere noch sehr schwache Organisation auszubauen auf einem Walle gegenüber der Ausbeuterherrschaft der Kapitalisten, um so der Arbeiterfrage mit vorwärts zu helfen. Briefe sind zu senden an Carl Salzer, Rheinstraße 22, Bochum, Geldbesendungen an Carl Schneider, Rheinstraße 79, Bochum.

Mit kollegialem Gruß!
Das unabhängige Agitations-Comitè der Stuttatur, Gipser und verwandten Berufsgenossen von Rheinland und Westfalen.

Gerichts-Chronik.

* **Für Lohnansprüche der Putzer an den Kolonnenführer** hat die dritte Kammer des Berliner Gewerbegerichts bei Verhandlung im Bogenweide nach ihrer bisherigen Rechtsprechung unter Vorsitz des Assessors Cuno hinsichtlich des eigentlichen Unternehmers in Anspruch genommen, da sie die sogenannten Kolonnenführer niemals als selbständige Arbeitgeber angesehen hat. Dieser Tage stellte sich diese Kammer unter Vorsitz des Assessors Hellwig, welcher den verurtheilten Assessor Cuno vertrat, auf den entgegengelegten Standpunkt. Die Putzer Linaus und Weigt verlangten von der Firma Berger & Schell wegen rückständigen Arbeitslohnes und unrechtmäßiger Entlassung 22 resp. M. 24,85. Die besagte Firma wendete ein, daß nicht sie, sondern der Maurer Sage die Kläger angenommen habe. Dem Hagen seien sämtliche Reparaturarbeiten für den betreffenden Bau auf eigene Rechnung in Alford übergeben worden. Die Kläger, welche zwar nicht bestritten, von Hagen eingestellt zu sein, erwiderten, daß derselbe gänzlich mittellos und nur ein einfacher Arbeiter, wie sie selbst, sei, der auf dem Bau gewöhnliche Maurerarbeiten verrichtet habe. Als sie Verzahlung verlangte, hätte ihnen Hagen höflich geantwortet: „Wenn Sie wollen, verklagen Sie mich, ich habe nichts.“ Das Gewerbegericht wies die Kläger mit der Begründung kostenpflichtig ab, da dieselben nicht bei der besagten Firma, sondern bei Hagen in Arbeit gefaßt haben. An diesen hätten sich die Kläger zu halten.

* **Berlin.** Die Errichtung eines Schutzbuchs hatte der Maurermeister Andreas Robert als Bauleiter auf dem Neubau Altonaerstraße 22 zu Charlottenburg unterlassen. „Infolge dessen“ erzielte sich bald nach dem 21. August v. J. ein Unfall, bei dem ein Menschenleben gescheitert war. Die Maurer Schulze und Ledje mauereten in der zweiten Etage einen Erker auf. Eine Gerüstklange, welche bei der Arbeit hinstieg, wollte Schulze zurückziehen. Dabei löste sich ein Mauerstück aus und brach sich nebst einem Stück Blei herab in die Tiefe. Unten in dem Raum zwischen der Frontmauer und dem Baugang war der Steinleger Obowogol beschäftigt. Derselbe wurde von den herabfallenden Gegenständen getroffen und an Kopf und Schulter verletzt, jedoch er längere Zeit arbeitsunfähig war. Für diesen Unfall ward Robert verantwortlich gemacht. Ihn traf der Vorwurf, daß er jene gefährdete Stelle, als Arbeitsstelle, nicht mit einem Schutzbuch versehen habe. Das Gutachten des königlichen Bau-Inspicitors Demmann bestätigte, daß lediglich Unterlassungsdelict die Ursache des Unfalls gewesen sei. Daraufhin erachtete die Herren-Strafkammer des Vangerichts II den Angeklagten der schuldigen Körperverletzung für schuldig und das Urtheil lautete auf 15 Mark Geldbuße event. 3 Tage Gefängnis.

* **Vorfall bei Streik!** Wohl hat die Gefesungsbau Arbeiter nach § 152 der Gewerbeordnung, volle Koalitionsfreiheit“ gewährt, die Ausübung derselben wird aber sofort um ein Bedeutendes beschränkt durch den nachfolgenden Paragraphen. In diesem wird unter Strafe gestellt die Anwendung körperlichen Zwanges, Drohung, Verursachung u. v. m., um Andere von dem Zutritt oder um zum Beitritt zu dem in § 152-erwähnten Abmachungen, Vereinbarungen u. v. m. zu bewegen. Eine ähnliche Definition des § 153 hat dafür gesorgt, daß die Begriffe „Drohung, Zwang“ u. v. m. so dehnbar gemacht worden sind, daß die Koalitionsfreiheit der Arbeiter häufig zu einem Schattenbilde wird. Bei Streiks sind die Auszubehenden naturgemäß befreit, ihre weiterarbeitenden Kollegen mit zum Arbeitsniederlegen zu bewegen. Wie gefährlich ihnen dabei der § 153 werden kann, zeigt wieder ein Beispiel in Frankfurt a. M., von wo unser dortiges Parteiorgan Folgendes zu berichten hat:

Wieder ein Nachspiel zum Riecher'schen Streik. Der Schlosser Paul Thiel stand vor dem hiesigen Schöffengericht unter der Anklage, daß er versucht habe, den Schloffer Döringer, welcher während des Streiks in der Riecher'schen Fabrik die Arbeit aufnehmen wollte, durch Drohung und Bestelung zu bestimmen, die Arbeit nicht zu beginnen. Der Angeklagte gab die Versicherung, er erkläre aber bezüglich der Bedrohung, er könne sich darauf nicht mehr genau mehr erinnern, glaube jedoch nicht die Drohung ausgesprochen zu haben. Der als Zeuge geladene Schloffer Döringer bekundete aber, daß der Angeklagte ihn auch bedroht habe. Der Staatsanwalt beantragte wegen der Bedrohung 14 Tage Gefängnis und stellte dem Gerichte anheim eventl. auf eine Strafe wegen Verletzung des § 153 der Gewerbeordnung (Verursachung) zu erkennen. Das Gericht legte jedoch ebenfalls den gegen die Bedrohung gerichteten Paragraphen des Strafgesetzbuchs seinem Erkenntnis zu Grunde und verurtheilte den Angeklagten zu vier Wochen Gefängnis.

* **„Innangabrie“ (ungelesene) Arbeiter und Innungs-schlichtergerichte.** Wie bekannt, sind den Innungen, den Gmtergenständen unserer Zeit, auch gewisse Sonderrechte bezüglich der Entscheidung gewerblicher Streitigkeiten durch die

Gesetzgebung eingeordnet worden. Während andere Gerichte, die zu gewöhnlichen Wesen... Die Arbeiterinnen-Bewegung. — Kleinig Nach...

Die Gleichheit" erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 A... Im Verlag von J. F. W. Dieb in Stuttgart ist...

Briefkasten. Der diesmaligen Sendung des „Grundstein“ liegt für die Bevollmächtigten resp. Vertrauensmänner...

Berlin, A. Es ist uns unmöglich, Ihrem Wunsch... Wandbillet, D. Der von Ihnen eingesandte Bericht...

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen. Sitz Hamburg.

Bekanntmachung. Die in der neu gegründeten Kasselle Straßburg i. Elb. gewählten Verwaltungsbeamten sind vom Vorstand bestätigt...

Der Arbeitgeber ist in keinem Falle berechtigt, die Invalditätskarte dem aus der Arbeit scheidenden Arbeiter vorzuenthalten... Rigorose Handhabung der Polizeistunde.

Literarisches.

Der Sozialdemokrat, Zentral-Wochenblatt der sozialdemokratischen Partei Deutschlands... Die Nr. 22 vom 6. September hat folgenden Inhalt...

Sozialpolitisches Zentralblatt.

Herausgegeben von Dr. Heinrich Braun, Karl Heymann's Verlag, Berlin W. Mauerstraße 44. Jeden Montag erscheint eine Nummer...

Anzeigen.

Todes-Anzeige. Es geht uns die Mitteilung an, daß das Mitglied Wilhelm Kerstan aus Gr. Welle in Berlin auf dem Schiffslein-Wahnhof...

Zentral-Frankenkasse der Maurer, Gipsler (Weißbinder) und Sullature Deutsche Deutschlands.

Sterbetafel des 2. Quartals 1894. 1. Karl Herzberg, Steinhauer, geb. 22. 9. 60, gest. 1. 4. 94 zu Regenried an Lungenschwindsucht...

- 11. David Schmidt, Steinhauer, geb. 15. 6. 55, gest. 15. 4. 94 zu Landshut an Lungenschwindsucht. 12. Georg Zimmerle, Gipsler, geb. 12. 12. 41, gest. 16. 4. 94 zu Stuttgart an Lungenschwindsucht...

Demgo. Am 28. d. M. findet in der „Schützenhalle“ ein Gewerkschaftsfest statt. Entrée für Konzert 25 A, für Tanz 60 A...

